

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

50000!

Das neue Jahr setzt recht verheißungsvoll für unsere Organisation ein! Die „Gewerkschaft“ hat die reguläre Auflage von 50000 pro Woche erreicht. Da dürfen wir wohl einen Augenblick halt machen und rückblickend überschauen, was vor dieser Entwicklungsetappe liegt, denn in unserm Verbandsorgan spiegelt sich ein namhaftes Stück Organisationsgeschichte wieder. Just fünfzehn Jahre sind es nun her, als die „Gewerkschaft“ (Januar 1897) erstmalig regelmäßig pro Monat einmal erschien. Unsere Organisation war freilich einige Monate früher gegründet worden — aus eherner Notwendigkeit und nachdem zahlreiche Versuche verschiedener Berufsorganisationen gescheitert. Die Probenummer (ein kleines 4seitiges Blättchen) brachte in einem Programm-Artikel: „Was wir wollen!“ die damalige Situation treffend zum Ausdruck. Schon vom Mai 1897 ab konnte die „Gewerkschaft“ zweimal im Monat erscheinen, in einer Auflage von 1450 Exemplaren. Das folgende Jahr brachte noch nicht den erwarteten sprunghaften Aufstieg unserer Organisation. Ende 1898 betrug die Auflage erst 2000 Exemplare und da ewig Ebbe in der Kasse war, mußte jede zweite Nummer auf zwei Seiten, also gewissermaßen als Flugblatt erscheinen. Und doch war der materielle wie ideale Einfluß dieses „Blättchens“ schon enorm. Ob es sich um die Brandmarkung der Uebergriife von Unterbeamten oder die Feststellung sozialer Rückständigkeit einer Stadtverwaltung handelte: die hinter dem Verbandsorgan stehende Macht der kleinen aber mutigen Schar Organisierter genügte, um über kurz oder lang Wandel zu schaffen und Uebergriifen Einhalt zu tun. Freilich auch Opfer fielen. Wir hatten eine förmliche Maßregelungsära

zu bestehen und die „Gewerkschaft“ der ersten Jahre ist angefüllt mit Darstellungen solcher ungerechter Entlassungen und Beugungen des Koalitionsrechts. Und es soll auch zugegeben werden, daß die Kurzsichtigkeit unsozialer Betriebsverwaltungen zeitweilig kurze Triumphe feierte! Es gelang hier und da die Bewegung zum Stillstand oder gar Rücklauf zu bringen. Unplanmäßig vorbereitete Bewegungen trugen weiter dazu bei, dem Organisationsgedanken die frohe Siegeszuversicht zu nehmen, sobald sich nämlich die unvermeidlichen Rückschläge solcher Bewegungen bemerkbar machten. Es war eine schwere Zeit damals. Doch wenn es in der einen Filiale zeitweilig nicht vorwärts ging, es wurden neue Orte von der Bewegung ergriffen und das

Jahr 1899 verzeichnet bereits eine Auflage von 4500 — ein ungefährr Gradmesser unserer Stärke, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß unsere Zeitung den Mitgliederziffern stets wesentlich voraus sein wird. War in den ersten Jahren naturgemäß der Hauptherd für die Agitation und unsere Ausbreitung Berlin mit den Vororten, so hatten doch schon im Januar 1897 Hamburg und Königsberg und im Juli 1899 der Lokalverein für Dresden sich der Organisation angeschlossen. Etwas langwieriger waren die Verhandlungen mit den städtischen Arbeitern Württembergs, die zwar bereits 1901 zum Kartellvertrag, aber erst Januar 1903 zum definitiven Uebertritt führten. Hier hatte besonders Kollege Altwater verdienstvolle Vorarbeit zum Anschluß geleistet. Dazwischen war die unter mancherlei Schmerzen geborene Errichtung eines Berliner Ortsbureaus im Januar 1902 erfolgt, die in der Person des Kollegen Schubert einen rührigen und geschickten Agitator fand.



Aber erst im Oktober 1903 (immerhin noch früher als mancher Verbandstagsdelegierter von 1903 zu hoffen gewagt!) gelang der Zusammenfluß der 17 Filialen Großberlins und damit kennzeichnet sich wiederum ein neuer Abschnitt im Verbandsleben, der (wie all diese Vorgänge) im Verbandsorgan lebhafteste Erörterungen auslöste.

Die Auflage der „Gewerkschaft“ ist Ende 1900 auf 6300, Anfang 1903 auf 10000 gestiegen. Immer rapider gehts jetzt innen wie außen vorwärts. Auch die unerquicklichen Differenzen über unsere Taktik zwischen dem Verbandsvorsitzenden Poersch und der Filiale Berlin vermögen nicht dem weiteren Anwachsen der Bewegung Einhalt zu tun. Bereits im Juli 1905 werden 20000 Exemplare der „Gewerkschaft“ regelmäßig gedruckt und im März 1906 feiert der damalige Redakteur Bürger das „silberne“ Jubiläum der 25000. Keiner sechs Jahre bedurfte es und wir sind jetzt im Januar 1912 am „goldenen“ Jubiläum der 50000 angelangt.

Mit der stetigen, gleichmäßigen äußeren Entwicklung unserer Organisation hat die innere Entwicklung gleichen Schritt gehalten. Auch das spiegelt sich trefflich in unserm Verbandsorgan wieder. Einmal mußte die „Gewerkschaft“ vom Verbandsvorsitzenden Poersch gewissermaßen nebenher mitredigiert werden. Bei billiger Berücksichtigung dieser und anderer Umstände soll anerkannt werden, daß unser Organ gerade auch in den ersten Jahren schon vielerlei Aufgaben leisten mußte und geleitet hat. Als dann Anfang 1903 Kollege Bürger die Redaktion in die Hände nahm, konnte von ihm manche verdienstvolle technische wie sonstige Neuerung durchgeführt werden. Die vielfach (und besonders auf dem Mainzer Verbandstag) zutage getretene Unzufriedenheit mag wohl in erster Linie in den verschiedenartigen taktischen Auffassungen (die damals in unserm Verbandsorgan einander gegenüberstanden) ihre Erklärung finden. Jedenfalls hat auch Kollege Bürger, der nun bereits im Schoß der Erde ruht, stets für unsere Organisation das Beste gewollt. Seit Oktober 1906 hat Verfasser die Redaktion in Händen und mit den sich immer klarer und einheitlicher gestaltenden taktischen Auffassungen in unserm Verbandsorgan sind auch die prinzipiellen Differenzen fast ganz geschwunden und die jetzige Redaktion konnte auf dem Dresdener Verbandstage die einhellige Zustimmung über ihre Tätigkeit von allen Seiten entgegennehmen. Das war und sollte natürlich nur ein verstärkter Ansporn sein, im Sinne unserer Ziele und Aufgaben weiter zu arbeiten und in wenig Monaten sind wir dem Tage nahe, wo hierfür erneut Rechenschaft abzulegen ist.

Schon an der Wiege unseres Verbandes wird das neugeborene Kindlein bedroht von den geplanten gesetzlichen Ungeheuern, die dem Koalitionsrecht Erschwernisse oder gar den Garaus machen wollen. Und die Gemeinde- und Staatsarbeiter haben seit dieser Zeit in mannigfaltiger Form Gesetzentwürfe und Vorschläge kommen und — schwinden sehen, die gerade ihnen das Koalitionsrecht nehmen sollten. Einen mannhaften Kämpfer mußte unser Verbandsorgan abgeben, ob es sich nun um die Zuchthausvorlage von 1899 (unseligen Angedenkens) oder um den neuerlich geplanten Vorstoß gegen uns im Strafgesetzentwurf dreht, den wir wiederholt in seiner reaktionären kulturhemmenden Gemeingefährlichkeit an dieser Stelle gekennzeichnet haben. In der pessimistischen Anwendung über den Unverstand der regierenden Gesetzesmacher kann wohl als Trost aufkommen unser Wachstum und unsere Größe! Vermochte man nicht mit dem kleinen Häuflein der 5000 fertig zu werden, wie will man gegen die 50000 ankommen? Und nicht nur wir sind bei dem geplanten Gesetzesmonstrum bedroht, sondern hundertaufende Organisierte! Da ist unsere Kampffront breit und wuchtig, und wir können dem Gesetzgeber das Tänzchen schon gönnen, zumal ihm bereits in diesen Tagen, am 12. Januar, aufgelpelt werden soll, daß ihm hoffentlich hören und Sehen vergeht. Sorgen wir für Aufklärung und Durchbildung aller unserer Mitglieder — eine Aufgabe, die gerade von der „Gewerkschaft“ von jeher als ihr vornehmlichstes Gebiet erachtet worden ist. Dann vermögen weder koalitionsfeindliche Gesetzgebung noch die neuerlich hervortretenden sozialpolitischen Beschwichtigungsgründe, die — im öffentlichen Interesse (!?) — uns das Streikrecht gegen irgend ein Einfingerrecht einzufachen möchten, unserer Organisation und ihrer Entwicklung Einhalt zu tun.

Freilich, es gibt selbst unter den bürgerlichen Sozialwissenschaftlern erfreulicherweise noch Leute, die unsere ungeheure Kulturarbeit anders bewerten als jene „Verföhnungs“politiker. Sie wissen

— und ein Professor Alfred Weber brachte das auf der Wiener Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in herzerfröhlicher Deutlichkeit zum Ausdruck —, daß ohne die, aufrechten Sinn und Menschenrecht predigende Aufklärungsarbeit unserer Organisation die Spezies der traurigen Gestalten, die „deutlich, treu und pensionsberechtigt“ sein wollen, mit einem Wort die „Gefinnungstüchtigen“ noch hundertmal zahlreicher sein würden, als sie es ohnehin schon sind. Aufgabe unserer „Gewerkschaft“ war es, ist es und wird es bleiben, allen kriechenden Kreaturen den Krieg zu erklären und dem aufrechten Menschentum auch in Staat und Gemeinde die Wege zu ebnen. Einstens glaubte man auch dem mit blanken Knöpfen, Litzen oder bunten Mützen versehenen Gemeinde- und Staatsproletarier einreden zu können, er sei etwas „besonderes“, für ihn käme weder Organisation noch gar Streik in Betracht. Heute nimmt man allgemach Abstand von dem vergeblichen Bemühen — dank der aufklärenden Wirksamkeit unserer Organisation. Es soll natürlich nicht gefagt sein, daß schon überall der Sieg unserer Ideen entschieden wäre. Leider können wir auch heute noch das veruchte Verslein hören: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing!“ und neben der Schar, die sich um die 50000 Leser unseres Organs gruppiert, haben wir wohl noch 100 000, die aus diesen oder jenen Gründen absteils stehen. Aber Schritt um Schritt dringen wir ein in den „Arwald“ und roden ihn. Bleibt hier und da ein stacheliges Gewächs stehen, so kann uns das nicht irremachen in der Schärfe unserer Waffen. Darum verlohnt es sich in diesem Rückblick auch nicht, auf das gegnerische Stachelgewächs einzugehen, das uns den freien Blick auf unser Ziel nicht beeinträchtigen soll. Wir wissen, die Unerschrockenheit und Mannhaftigkeit Tausender unserer besten Kollegen wird nicht mehr niedezuringen sein und wenn die Stadtverwaltungen die Zeichen der Zeit recht erfassen, so können sie sich nicht allzu lange mehr auch der offiziellen Anerkennung verschließen.

Fünzigtausend! Einmal waren leitende Führer anderer Gewerkschaften der Meinung, mit den Gemeindearbeitern sei eine rechte Organisation nicht fertig zu bringen. Heute sind wir eine mittlere Organisation im Rate der 50 freien Gewerkschaften. Hat auch von Anbeginn bis in unsere Zeit die wiederholt veruchte Abdeckung der Agitationsgrenzen für unsere Organisation nicht gerade erhebende Gefühle in unsern Reihen ausgelöst, so hat sie doch dem sieghaften Vordringen des Gedankens der Betriebsorganisation nicht Einhalt zu gebieten vermocht. Die einstmals so arg bekämpfte Industrieorganisation ist inzwischen zur „Modekrankheit“ geworden, die Konzentrationsbestrebungen setzen sich auch weiterhin fort, und da will man den Gemeindearbeitern dauernd mit dem Hamburger Ausnahmegesetz (Grenzstreitigkeitenresolution) kommen und das von uns mühsam und mit vielen Opfern Aufgebaute gefährden? Bei loyaler Auslegung beider Beschlüsse und Bereitwilligkeit zur Verständigung wird sich indessen auch fernerhin das wenig erfreuliche Gebiet der „Grenzstreitigkeiten“ erheblich eindämmen lassen, das wir hier aber berühren mußten, da es in unserm Verbandsorgan die Jahre hindurch ziemlich hohe Wellen schlug. . . .

Viele unserer namhaften Mitkämpfer sind in den 15 Jahren dahingegangen; manche dienen, da sie ihren Platz wieder in der Privatindustrie einnehmen, mit ihrem Können und Willen einer anderen Bruderorganisation. Aber neue Kämpfer treten an ihrer Stelle auf den Plan, und es gereicht uns zur Freude, sagen zu können, daß in unserm Verbandsorgan auch jetzt ein reges, geistiges Leben herrscht, daß keinerlei Symptome von Verbandsverdröhenheit, Mißmut oder gar Zweifel an unseren Aufgaben bemerkbar sind. Unser Verbandsorgan, die „Gewerkschaft“, bietet in fast jeder Nummer einen trefflichen Beleg dafür, und ob aus preußisch Nord oder bayrisch Süd, aus „Schwäzchlich“ West oder „bläulich“ Ost: wir marschieren! Möge der Tag nicht so ferne sein, wie es manche wohl annehmen, wo wir mit 100000 auf den Plan rücken. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß mit steigenden Massen die Quantität auch in die Qualität umschlägt, das heißt in diesem Fall: mit der weiteren Ausbreitung unserer Bewegung wächst in ebenso starkem Maße die Zahl derer, die als Pioniere unsere Bewegung vertiefen und beseligen helfen. Unsere „Gewerkschaft“ soll wie bisher ihnen ein besonderer Förderer und Wegbereiter sein. Allen Kollegen aber soll sie sein die Rüttkammer in unserm Kampfe und die treue Gefährtin und Führerin in Stunden der Befinnlichkeit und des Vorwärtstretens auf geistigem Gebiet.

E. D.



Die „Gewerkschaft“ im Etat unseres Verbandes.

Aus den kleinsten Anfängen heraus hat sich unser Organ zu einer ganz stattlichen Zeitung entwickelt. Wir blicken daher mit Befriedigung auf die vorliegende Nummer, welche heute in einer Auflage von 50 000 erschienen ist.

Bildet sie doch ein einigendes geistiges Band für alle Mitglieder unseres Verbandes, den mißmutig gewordenen Kollegen wieder neue Kraft spendend und die Kämpfenden anfeuernd. Dabei hatte sie auch oft die Pflicht, den Stadtverwaltungen zuzurufen, den Vogen nicht allzu straff zu spannen, sondern „Jedem das Seine“ zu geben.

„Wissen ist Macht!“ galt als ihr Leitstern. Sie unternahm es daher mit Geschick, den Kollegen mit den neuesten und technischen Errungenschaften bekannt zu machen, und soweit es in dem engen Rahmen möglich war, auch durch anderweite geistige Nahrung ihr Bestes zu geben.

Die Probenummer, welche am 15. Dezember 1896 in 1000 Exemplaren herausgegeben wurde, glich einem Flugblatt von vier Seiten, wie wir es heute von Zeit zu Zeit zur Agitation unter den uns noch Fernstehenden herausgeben.

Vom 1. Januar 1897 ab erschien sie dann zuerst allmonatlich, jedoch gestatteten die geringen Mittel es nicht, regelmäßig eine vierseitige Nummer herauszugeben. Abwechselnd erschienen auch zweiseitige Nummern. Nach vier Monaten erschien sie dann vierzehntägig in derselben Weise. Von 1900 bis 1903 wurde ein größeres Format gewählt, auch hin und wieder eine zweiseitige Beilage beigelegt. 1904 erschien sie bereits im jetzigen Format, meist zwölfsseitig. Im Juli desselben Jahres wurde die „Sanitätskarte“, das bisherige Organ des Zentralverbandes des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals, nach dem Uebertritt dieser Organisation zu unserem Verbande, als besondere Beilage für die in Heil-, Kranken- und Badeanstalten beschäftigten Mitglieder herausgegeben. Von 1906 erscheint die „Gewerkschaft“ acht-tägig. Zuerst achtseitig, dann abwechselnd acht- und zwölfsseitig, jetzt zwölf- und sechzehnseitig.

Diese chronologische Aneinanderreihung zeigt uns die Erscheinungsweise und Stärke. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ergeben wir nun die Auflageziffer und die hierfür notwendig gewordenen Mittel.

Ende	Auflageziffer	Ausgabe Mark	Pro Kopf der zahlend. Mitgl. Mark
1897	1 450	—	—
1898	2 000	5 016,60	—
1899	4 500	—	—
1900	6 300	3 470,—	—
1901	7 300	4 897,25	—
1902	9 200	5 785,—	—
1903	13 000	12 079,99	—
1904	16 000	14 066,36	1,58
1905	24 000	23 802,25	1,76

Ende	Auflageziffer	Ausgabe Mark	Pro Kopf der zahlend. Mitgl. Mark
1906	29 000	32 315,76	1,80
1907	31 250	42 424,25	2,05
1908	33 600	48 977,11	2,07
1909	37 900	53 976,48	2,01
1910	43 000	60 416,31	1,93
1911	49 950	—	—

Mit vorliegender Nummer beträgt die reguläre Auflage 50 000. Die Steigerung der Auflageziffern ist hieraus klar ersichtlich, was bei den Ausgaben nicht zutrifft. Diese zeigen uns, daß wir im Jahre 1903 mit einer ziemlichen Ebbe in unserer Verbandskasse zu rechnen hatten. Aus diesem Grunde konnten die Druckkosten, mit denen wir so wie so schon im Rückstande waren, nur zu einem Teil beglichen werden. Es ist deshalb auch nicht möglich, vor 1904 eine Berechnung der Ausgaben für die „Gewerkschaft“ auf den Kopf der Mitglieder vorzunehmen. Sinzu kommt noch, daß die Ausgaben hierfür in den ersten Jahren nur a conto geleistet wurden. Erst die Zahlen nach dieser Zeit geben uns die Möglichkeit einer prozentualen Berechnung. Wir finden hier von 1904 bis 1908 eine Steigerung von 1,58 Mk. auf 2,07 Mk. und dann in den folgenden Jahren ein Zurückgehen auf 2,01 und 1,93 Mk., obwohl natürlich die Gesamtsumme weiterhin stieg, wie obige Tabelle beweist. Durchschnittlich haben wir also mit einer Ausgabe von 2 Mk. pro Jahr und Kopf für die „Gewerkschaft“ zu rechnen. Dies sind 10 Prozent der von den Mitgliedern der 40 Pf.-Beitragsklasse zu leistenden Beiträge. Die Frage, ob denn diese Ausgaben zu dem Wert im gleichen Verhältnis stehen, kann man getrost mit freudigem Ja beantworten. Ist doch die „Gewerkschaft“ das Bindeglied der organisierten Gemeinde- und Staatsarbeiter in Nord und Süd, in Ost und West. Werden wir doch durch sie über die Vorgänge in den Gemeinde- und Staatsverwaltungen unterrichtet, soweit diese Körperschaften zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter Stellung nehmen. Wir geben wohl nicht zu weit, wenn wir behaupten, daß durch die Kritik unserer „Gewerkschaft“ die Arbeitsverhältnisse um vieles besser geworden sind. Auch mancher Vorgesetzte hat sich mähigen und seine Meinung dahin revidieren müssen, daß er in dem einzelnen Arbeiter nicht mehr den „Knecht“, sondern den Menschen vor sich zu sehen hat. Vielleicht ist auch manche Arbeitseinstellung in Wegfall gekommen, weil durch die Mahnworte an die in Betracht kommenden Verwaltungen diese oft zur besseren Einsicht veranlaßt wurden.

Alles in allem genommen, hat die „Gewerkschaft“ ihr gut Teil dazu beigetragen, die Lebensverhältnisse unserer Mitglieder und auch eines guten Teiles der uns fernstehenden Gemeinde- und Staatsarbeiter zu heben. Für die Ziele, die sich die „Gewerkschaft“ gestellt hat, kann jedenfalls keine Ausgabe zu hoch sein. Mögen auch die Unorganisierten bald zu der Einsicht kommen, daß, wer seine Lebenslage verbessern will, sich dem Ganzen anschließen muß.
O. A.

Sanft Bureaucratius in der Arbeiterpolitik.

Wie bereits aus einem kurzen Bericht der „Gewerkschaft“ im Dezember v. J. zu ersehen war, hatte der Magistrat in Berlin in seiner Sitzung am 1. Dezember beschlossen,

„den bei der Stadtgemeinde beschäftigten Personen, welche nicht mehr als 2000 Mk. jährliches Dienstlohn einnehmen, verheiratet sind und seit mindestens 3 Monaten im städtischen Dienste stehen, eine einmalige Beihilfe von 40 Mk. zu gewähren“.

Die Stadtverordnetenversammlung trat kurz darauf diesem Beschlusse bei, nachdem der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Stadtverordneter Dr. Wehl, mit Recht Kritik an demselben wegen seiner Unzulänglichkeit geübt und Stadtrat Dr. Ledermann namens des Magistrats dessen loyalste Durchführung zugesichert hatte.

Es soll nun keineswegs verkannt werden, daß so manchem Familienvater unter den städtischen Arbeitern in der jetzigen Lage der Lebensmittelteuerung, besonders angesichts der Weihnachtstage, die bewilligte Beihilfe äußerst willkommen war. Nicht viel weniger notwendig war die Teuerungszulage aber auch für die ledigen Arbeiter, deren wirtschaftliche Situation gewiß eine ebenfalls prekäre ist. Wenn Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dem nicht Rechnung getragen haben, so liegt darin ein Ungerechtigkeits. Die

bereitgestellten 500 000 Mk. wären kaum erheblich überschritten worden, wenn man den Ledigen wenigstens eine um etwas niedrigere bemessene Beihilfe gegeben hätte; denn die Zahl der ledigen Arbeiter steht in den städtischen Betrieben zu der der verheirateten in gar keinem Vergleich. Noch schlimmer hat es mit dem Gerechtigkeitsgott des Magistrats ausgesehen bei der Ausführung des gefaßten Beschlusses, welche derart war, daß man ruhig von einer teilweisen Aufhebung desselben sprechen kann. In wie hilfloser und zum Teil geradezu sinnloser Weise die Ausführungsbestimmungen zurechtgezimmert worden sind, mag nachstehend dargetan werden.

Als zum Empfang berechtigt galten nur Personen, welche die städtische Beschäftigung im Hauptberuf ausübten. Gerade die Armen der Armen wurden dadurch ausgeschlossen, so z. B. die vielen stundenweise beschäftigten Säuerfrauen, unter denen manche sich kümmerlich ernährenden Witwe zu finden ist.

Berücksichtigt wurden, dem Beschlusse entsprechend, nur verheiratete Personen, zu denen man sowohl Witwer und Witwen als auch Geschiedene rechnete. So richtig Letzteres war, so selbstverständlich hätte es auch sein müssen, daß diejenigen ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche Angehörige miternährten, die Zulage erhielten; denn sie sind oft schlimmer daran als Verheiratete.

Während Eheleute zumeist beide für den Lebensunterhalt der Familie arbeiten, ist der für alte Eltern oder unmündige Geschwister sorgende Ledige immer nur auf seinen eigenen Verdienst angewiesen. Ganz widersinnig ist es demgegenüber, wenn die Ausführungsbestimmungen vorschreiben: „Wo Mann und Frau desselben Haushalts bei der Stadtgemeinde beschäftigt sind, soll jeder der beiden Ehegatten die Beihilfe erhalten.“ Gewiß ist es richtig, wenn für gleiche Arbeitsleistung der gleiche Lohn gezahlt wird. Dieser Grundsatz kann aber für eine Teuerungszulage nicht in Betracht kommen; denn eine solche kann doch nichts anderes sein als ein gewisser sozialer Ausgleich für wirtschaftlich Schwächere, dem eben nur ungefähr gleichartige soziale Verhältnisse zugrunde gelegt werden können. Davon kann im Vorstehenden nicht die Rede sein.

Ein noch größeres soziales Schicksalsstückchen ist die Bestimmung: „Ausgeschlossen sind alle solche Personen, welche Naturalverpflegung oder Deputat beziehen. Ausgeschlossen sind demnach unter anderen Pfleger an den Kranken- und Irrenanstalten, desgleichen Personen, welche Deputat in der Verwaltung der städtischen Güter beziehen.“ Danach müssen die verheirateten Pfleger in den Kranken- und Irrenanstalten, welche nicht vom Kost- und Logiszwang befreit sind und mit einem Bartlohn von monatlich 40, 50 bis 100 Mk. abgepflegt werden, auf die Zulage verzichtet. Gerade hier wird diese aber sehr nötig gebraucht; denn Frau und Kinder dieser Pfleger müßten Hungerkünstler sein, wenn sie von den genannten Löhnen existieren könnten. Dasselbe gilt für die mit Deputat entlohnten Kieselbaggerarbeiter. Mit einem Bartlohn von sage und schreibe pro Tag 1,20 Mk. im Winter und 1,80 Mk. im Sommer und einer Naturalleistung im Wert von 300 Mk. pro Jahr erreicht ein solcher Deputat noch nicht einmal einen Jahresgesamtlohn von 900 Mk.; trotz solchen Jammerlohnes läßt Magistratus die Zulage für überflüssig. Ebenso ist es mit den Gutsarbeiterinnen, welche pro Tag 80 Pf. bzw. 1,20 Mk. Bartlohn und pro Jahr 200 Mk. Naturallohn erhalten. Eine Witwe unter ihnen beispielsweise, die etliche hungrige Mäuler zu stopfen hat, ist also nach dem unerforschlichen Natsschick der stadtberlinischen Sozialpolitik der Teuerungszulage nicht würdig. Das sind ungläubliche Dinge, welche aber leider nur zu wahr sind und noch in eine besondere Beleuchtung gerückt werden, wenn man weiß, daß gerade die Kieselbaggerarbeiter seit Jahrzehnten überhaupt keine Lohnverböhmung bekommen haben. Eine besondere Enttäuschung wurde diesen Kollegen erst kürzlich noch dadurch bereitet, daß ihnen zwar endlich eine Lohnaufbesserung bewilligt, dann aber plötzlich eröffnet wurde, daß diese erst im Winter 1912 in Kraft tritt. Gegen eine solche Art, mit Arbeitern umzugehen, kann nicht scharf genug protestiert werden. Im übrigen muß versucht werden, die unbillige Ausgrenzung der mit Deputat Entlohnten rückgängig zu machen; die nötigen Schritte sind dazu bereits eingeleitet.

Die Bestimmungen lauten ferner: „Die Beihilfe erhalten nur Personen, die nicht mehr als 2000 Mk. Diensteinkommen jährlich beziehen.“ Um diesen Jahreslohn zu ermitteln, hatte der Bureaukratenzopf im Berliner Rathaus eine ungläubliche Methode erfindet. Es wurde da nicht etwa der tatsächliche Jahresverdienst zugrunde gelegt, sondern man machte es wie folgt: Ermittelt wurde der Verdienst einschließlich Ueberstunden usw. (1) aus dem Vierteljahr vom 15. September bis 15. Dezember, der dann mit 4 multipliziert wurde — und fertig war der Jahreslohn. Dabei ergab sich, daß Arbeiter, die zwar sonst einen sehr niedrigen Stundenlohn haben, im letzten Vierteljahr aber stark zu Ueberstunden oder Sonntagsdienst herangezogen wurden, vom September bis Dezember etwas mehr als 500 Mk. verdienen. Durch die schematische Multiplikation wurden ihnen 2000 Mk. Lohn herausgerechnet, obwohl sie tatsächlich dieses Jahreseinkommen nicht entfernt erreichten. Nichtsdestoweniger enthielt man ihnen die Teuerungszulage vor! Dadurch trat z. B. das Kuriosum zutage, daß Arbeiter, welche 18 Pf. Stundenlohn haben, aber im letzten Vierteljahr Ueberstunden schinden mußten (wie es am Strahlsand am Alexanderplatz der Fall war), die Zulage nicht erhielten, während anderen Arbeitern mit regelmäßigem und weit höherem Stundenlohn diese ausbezahlt wurde. Auch in den Gasrevieren wurde so verfahren. Erst nach Vorstellungsverfahren unseres Berliner Bevollmächtigten bei dem einmütigen erwählten Stadtrat und durch öffentliche Kritik in der sozialdemokratischen Presse gelang es, wenigstens diesen Unfug auszumergen. Durch eine schnelle Magistratsverfügung wurde die Berechnung des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes zugelassen. Ein starkes Stück von Ungerechtigkeit erhielt auch die Bestimmungen, nach welcher den Beamten mit weniger als 2000 Mk. Einkommen die Nebenbezüge nicht abgerechnet wurden, andererseits aber den Arbeitern die Ueberzeitarbeit auf Heller und Pfennig in Ansatz

gebracht wurde. Das ist eine Differenzierung, für die man vergeblich nach Gründen suchen dürfte.

Diese und noch etliche andere unverständlichen Ausführungsbestimmungen haben erneut gezeigt, wie wenig man in den Berliner Rathausbureau von den Arbeits- und Arbeiterverhältnissen in den städtischen Betrieben weiß und versteht. Trotzdem lehnt man vor wie nach die Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiterorganisationen ab, obwohl deren Sachkenntnis den Erfolg derartiger Bestimmungen unmöglich machen würde. Der vom Kollaboraturscheinend unheilbar besessene und kleinliche Bureaukratengeist herrscht unbeschränkt weiter — sofern nicht die Arbeiter durch ihre Gewerkschaft und durch die politischen Machtmittel gründlich auf seiner Ausbreitung arbeiten. Wy.

Berufsfeuerwehrmänner.

Nach dem Bericht über den ersten Deutschen Gemeindebeamtenstag, der im Herbst vorigen Jahres in München abgehalten wurde, hat auch der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner seinen Beitritt zum neugegründeten Bund der Deutschen Gemeindebeamten angekündigt. Keines Wissens hat der Verband darüber noch keinen Beschluß gefaßt und dürfte es dem nächsten Delegiertenkongress vorbehalten sein, darüber zu entscheiden.

Für die Berufsfeuerwehrmänner ist es darum sehr notwendig, daß sie sich die Sache sehr reiflich überlegen und ihren Delegierten entsprechende Weisungen mit auf den Weg geben. Es ist sicher ein großer Gedanke, alle Gemeindebeamten in einem Verbande zu vereinigen, doch es ist auch mehr als zweifelhaft, ob dies jemals gelingt. Der Bund bringt sicher nicht das, was von einer derartigen Körperschaft zu erwarten wäre. Dazu sind die Bande, die ihn zusammenhalten, viel zu locker. Eine Organisation, die nützlich wirken soll, darf nicht in so viele Untervereine mit Sonderinteressen und Eigenbrödelerei zerfallen. Darüber müssen sich die Gemeindebeamten im Klaren sein, daß Organisation nur dann wirkungsvoll ihr Ziel verfolgen können, wenn sie auch wirklich nur ein Ziel haben. Solange jeder Verein sein Hauptaugenmerk auf einen besonderen Punkt konzentriert und erst sehen muß, ob er dabei auch die Unterjüngung der anderen Vereine findet, ist keine Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung gegeben. Nur wenn alle Gemeindebeamten dasselbe Ziel hätten und gemeinsam diesem Ziele zustreben würden, könnte dieses Ziel auch erreicht werden. Dazu sind aber die sozialen Abstände zu groß, und das Beharren der oberen Beamten, ihre Positionen auf Kosten der unteren zu verbessern, ist schon wiederholt zur Geltung gekommen. Wenn das Soldatentumgefühl nur so lange anhält, bis die eigene Position in Eiderkeit ist und danach einem oft als gesund gerühmten Egoismus Platz macht, der nur dazu dient, sich nach oben hin beliebt zu machen und die Unteren um ihre Rechte zu pressen, solange die unteren Beamten nur zum Experten mit hohen Mitgliederzahlen dienen müssen, sind die Voraussetzungen zu einer gesunden Entwicklung sicher nicht gegeben.

Am drastischsten zeigte sich dies in Dresden. Dort fanden im Stadtverordnetenkollegium an einem Tage zwei Gesuche der Berufsfeuerwehrmänner zur Beratung. Zuerst handelte es sich um bessere Bezahlung der Feuerwehroffiziere und hernach um Verbesserung des Wachdienstes für die Feuerwehrmänner. In beiden Fällen haben Gemeindebeamte Branddirektor, Brandmeister und Stadtrat die Gesuche prüfen müssen, und doch ist es unglücklich, daß die beiden Gutachten (Marsdruckfache Nr. 28 und Nr. 60) von ein und derselben Stelle ausgearbeitet wurden.

In der ersten Druckfahne werden die Schädlichkeiten des Feuerwehredienstes zur Begründung der besseren Bezahlung für die Feuerwehroffiziere in ausgiebiger Weise herangezogen, während sie in der zweiten Druckfahne direkt gelegentlich und mit Argumenten, die jedem sozialen Empfinden hohnsprechen, hinwegdisputiert werden. Auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, suchte der in der Sitzung der Stadtverordneten anwesende Deputierter für das Völkchen wenig aus, daß es sich um ganz verschiedene Gesuche handele, die darum auch verschieden behandelt werden müßten. Verschieden im Sinne des Deputierten können aber die Gesuche nur in der Weise sein, daß sie von höheren und niederen Beamten eingeleitet wurden, sonst müßten doch die Schädlichkeiten des Berufs, unter denen die Mannschaft in weit stärkerem Maße leiden muß als die Offiziere, eben zur Verbesserung des Wachdienstes als zur besseren Bezahlung führen. Doch das Dresdener Feuerwehraut war ganz anderer Ansicht. Nach seinem Gutachten ist für den Feuerwehmann Erhaltung, was für den Offizier eine Anreizung ist. Die Feuerwehrmänner wollen gar keine Dienstverfugung, nur der neugegründete Verband hat die Vereinfachung des schändlichen Wach-

dienstes auf die Fahne geschrieben und will den verkürzten Wochendienst gegen den Willen seiner Mitglieder erkämpfen. Ja, es scheut sich nicht einmal, die beleidigende Behauptung aufzustellen, daß für die Feuerwehrmänner eine Verkürzung der Wochendienstzeit ein Ruin wäre, weil sie sich in ihrer freien Zeit dem Trunke ergeben und darum betrunken zum Dienst erscheinen würden. Der Feuerwehrberuf verlangt aber nüchternere Menschen (im Gegensatz zu anderen Berufen?) und somit ist es am besten, wenn die Leute möglichst lange im Dienst bleiben, damit sie an ihren freien Tagen nicht Zeit haben, über die ungerechte Behandlung nachzudenken, sondern diesen Tag zum Ausschlafen benutzen müssen.

Das Charakteristische an der ganzen Sache ist aber, daß das Stadtverordnetenkollegium, also die Vertretung der Bürgerchaft, schon 1910 einstimmig beschlossen hat, den Berufsfeuerwehrmännern wenigstens nach zehnjähriger Dienstzeit 24stündigen Wochendienst und darauf 24 Stunden freizugeben. Daran hat das Feuerwehramt (also Gemeindebeamte, die doch lediglich Vollzugsorgane der Beschlüsse der Bürgervertretung sein sollten) eine Denkschrift (die schon erwähnte Ratsdrucksache Nr. 60) ausgearbeitet, in der mit einem Fleiß, der sicher einer besseren Sache würdig gewesen wäre, alles angeführt ist, was seit 1878 der Mannschaft an Verbesserungen, die sehr oft nur im Interesse des Dienstes und der Schlagfertigkeit gegeben wurde, der Wehr notwendige Maßnahmen sind. Die Aufmachungen des Feuerwehramtes haben ja in der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Dezember die gebührende Beachtung und Zurückweisung erfahren und das Kollegium hat neuerdings einstimmig beschlossen, wenigstens den 24stündigen Wochendienst mit darauffolgender 24stündiger Freizeit einzuführen, und nun ist es wieder an den Gemeindebeamten, auch diesen Beschluß zu hinterreiben.

In einer Erwiderung auf die weiteren Ausführungen der Redner, in denen auch darauf hingewiesen wurde, daß die Feuerwehrleute bei fortgesetzter Mißachtung ihrer Wünsche auch einmal zum passiven Widerstand übergehen könnten, hat dann der Delegiert darauf hingewiesen, daß die Berufsfeuerwehrmänner Beamte sind und als solche ihren Dienst gewissenhaft und mit vollster Sorgfalt verrichten müssen. Deswegen brauchen sie sich noch lange nicht einbilden, daß auch ihre Wünsche die gleiche Behandlung wie die der übrigen Beamten erfahren. Wenn jene eine 7-stündige Arbeitszeit haben, müssen die Feuerwehrleute immer noch mit einer 16stündigen zufrieden sein, denn deswegen wurden sie in den Status eingereiht, damit sie nicht mehr die Arbeiterrechte haben!

Dieser Standpunkt wird aber von den übrigen Gemeindebeamten durchaus nicht bekämpft, sondern sie sind sogar eifrig bestrebt, denselben durch die unmöglichen Argumente gegen den Willen der Vertretung der Gemeindebürger aufrechtzuhalten. Dabei wollen die Berufsfeuerwehrmänner noch hoffen, durch einen Zusammenschluß mit den übrigen Gemeindebeamten Vorteile zu erreichen? Das angeführte Beispiel dürfte doch nur Wenige das Gegenteil beweisen! Denn der „gesunde Egoismus“, der bei einem großen Teil der Gemeindebeamten vorhanden ist, geht nur dahin, für die oberen auf Kosten der unteren Beamten Vorteile zuerringen. Wenn die oberen Beamten ihre Hauptaufgabe schon darin erblicken, die Arbeit der unteren als möglichst leicht und deren Verhältnis als nicht reformbedürftig hinzustellen, müssen letztere schon einsehen lernen, daß es zwar sehr schön wäre, eine kräftige Beamtenorganisation zu haben, aber daß zurzeit die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Für die unteren Beamten kann es zurzeit nur einen Weg geben, der sie zum Ziel führt, und der ist, sich selbständige Organisationen zu schaffen.

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner hat es zurzeit in der Hand, auf diesem Gebiete bahnbrechend zu wirken und nicht den Anschluß an den Deutschen Gemeindebeamtenbund, sondern an den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband vorzunehmen. Die Feuerwehrmänner haben lange genug das Nischenbrodel gemacht und sind bescheiden in der Ecke gestanden, während aller Berufsorganisationen gründete. Jetzt ist auch bei ihnen die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Berufsorganisation zum Durchbruch gekommen, und wenn sie nicht wollen, daß wie in Dresden ihre Wünsche mißhandelt werden, müssen sie auch noch „Ins“ auf eine wirkungsvolle Vertretung suchen. Ihre Interessen werden von den Arbeitgebervertretern sicher in weit höherem Maße wahrgenommen als von den vorgeordneten Beamten. Die Interessen der Feuerwehrmänner und unteren Beamten liegen auch den Interessen der Arbeiter viel näher als denen der oberen Beamten, die sich doch mehr oder weniger als ihre Herren fühlen und fürchten, an Ansehen zu verlieren, wenn sie sich der unteren Beamten annehmen. Für die Feuerwehrmänner wäre es darum entschieden zweckmäßiger, sich dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband anzuschließen. Wenn sie die Arbeitslosenunterstützung nicht benötigen

und Krankenunterstützung nicht einführen wollen, so wäre es immerhin möglich, innerhalb des Verbandes eine eigene Sektion der unteren Gemeindebeamten zu schaffen und die Beiträge dem Bedürfnis der Beamten anzupassen. Dann brauchen sie nicht zu befürchten, bei Einbringung von Wünschen mit anderen Verbandsgliedern in Widerspruch zu kommen, wie es bei dem Zusammenschluß aller Gemeindebeamten sicher der Fall ist. Wenn die Sektion für die niederen Beamten erst gegründet ist, werden sie bald den Beamtenvereinen an Mitgliedern überlegen sein, denn weitans die größte Zahl der Gemeindebeamten gehören zu den „unteren“. Das neue Vereinsgesetz gibt außerdem die Gewähr, daß dem Anschluß und der Gründung einer neuen Sektion nichts in den Weg gesetzt werden kann. Ist es doch Tatsache, daß sich in München bereits eine Sektion der Unterbeamten speziell der technischen städtischen Betriebe im Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gebildet hat. Dieser Verband unterhält in Deutschland circa 20 Gauvereine, durch welche die Interessen der Feuerwehrleute jedenfalls entschiedener gewahrt werden können als durch den Gemeindebeamtenverband, der an Gemeinsamkeit nichts als eben den Namen hat. Und jeder Mollege, der aufmerksam den Geschehnissen folgt, wird erkennen müssen, daß die Vertreter der freien Organisation der Gemeindearbeiter mit voller Entschiedenheit für die Interessen der Verbandsangehörigen eintreten. Öffentlich sind die Berufsfeuerwehrmänner in ganz Deutschland, die doch ausnahmslos aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, einseitig genug, zu erkennen, daß der Anschluß an den freien Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter das Beste ist, was wir in unserem Interesse tun können. Sollten sich die leitenden Personen in den einzelnen Städten der Mühe unterziehen, diesen Artikel meinen Kollegen von der Berufsfeuerwehr zukommen zu lassen, so wäre ich ihnen zu besonderem Danke verbunden.

Bavaricus.

Anmerkung der Redaktion. Wir haben vorstehender Einwendung eines Berufsfeuerwehrmannes gern Raum gegeben, wenngleich wir bezüglich der Abtufung der Beiträge und der anders zu gestaltenden Unterstützungen gewisse Bedenken haben, über die sich ja auf unserem Münchener Verbandstage schließlich reden läßt. Jedenfalls ist festzustellen, daß wir bereits in einer Anzahl von Orten mit gutem Erfolge die städtische Berufsfeuerwehr in unserem Verbandsorganisiert haben, und diese Kollegen haben seit Jahr und Tag die Erfahrung machen können, daß unser Verband in jedem Betracht leistungsfähiger ist als die atmosphärischen Beamtenvereine, die oftmals vor lauter Augenverdrehen nach oben, Ständebüffel, Vereinsmeierei und dergleichen gar keine Zeit, geschweige denn den Mut haben, die Interessen ihrer Mitglieder energisch wahrzunehmen. Einem aufrechten Charakter kann bei solch einer Beamtenvereinsförmigkeit unter Umständen ganz schlimm werden. Auch die Beamtenproletarier sollten sich freimachen von der Illusionspolitik des Bettelns und Bittens und Hand in Hand marschieren mit denjenigen, die in fünfzehnjährigem Kampfe gelernt haben, die Waffen zur Verrückung ihrer Position zu gebrauchen.

Die Regiefeindlichkeit der Stadtverwaltung Hannover.

Nicht Wahrung der eigenen, sondern der Gesamtinteressen sollte der oberste Grundsatz jeder Stadtverwaltung sein. Leider muß man diesen Grundsatz bei mancher Stadtverwaltung stark vermessen, wenigstens lassen die verschiedenen Handlungen darauf schließen. Dausig werden Beschlüsse gefaßt, die nur einen verschwindend kleinen Teil der Bevölkerung Vorteile, den anderen aber Nachteile bringen. Hierzu gehört in erster Linie die Einschränkung der Regiearbeit. Zu den regiefeindlichen Städten gehört die Reichshauptstadt der hannoverschen Städte. Gewiß soll zugegeben werden, daß verschiedentlich auch einmal in anderen Städten gegen die Ausdehnung der Regiearbeit getextet wurde. Aber ein derartig rückständiger Standpunkt, wie er in dieser Frage in den hannoverschen Städten eingenommen wird, findet sich nirgends. Die Ursachen sind eben in der Zusammenziehung der städtischen Kollegien zu suchen, die eine nichts weniger als glückliche zu nennen ist. Daraus ist auch die Regiefeindlichkeit zu erklären. Das hiermit nicht zweifelhaft ist, wollen wir nur an einigen Beispielen beweisen. Die Städte Hannover und Linden, die beiden größten Städte der Provinz, bilden ein Ganzes, trotzdem ist jede Stadt für sich. Eine Eingemeindung erfolgt nicht, weil Hannover die Arbeiterstadt Linden nicht haben will. Hannover hat über 300 000 Einwohner und beschäftigt zurzeit etwas über 700 städtische Arbeiter. Diesen

wir einmal andere Städte von gleicher Größe und selbst kleinere Städte zum Vergleich heran, so finden wir dort 2, 3, ja 4000 städtische Arbeiter vor. Hier muß der gewaltige Unterschied in der Zahl der beschäftigten Arbeiter ohne weiteres auffallen, ein Beweis, wie weit dort die eigene Regie ausgedehnt und wie eingeschränkt sie hier ist. Linden hat 75.000 Einwohner und hat eigentlich nur ein Duzend städtische Arbeiter, und zwar 3 auf dem Schlachthofe und 9 auf dem Friedhofe. Bei der Straßenreinigung werden außer den Vorarbeitern nur alles alle invalide, sonst der Armenpflege zur Last fallende Arbeiter beschäftigt, die darn auch selbstverständlich miserabel entlohnt werden. Schon diese wenigen Beispiele genügen, um zu zeigen, wie wenig Regiarbeit verrichtet wird. Vor allem natürlich in der Stadt Hannover selbst.

Aber selbst die wenigen Regiebetriebe sind den Rückwärtskern noch zu viel. Auf dem im Herbst in Hannover tagenden hannoverschen Handwerktage wurde noch über die Regiarbeit geredet und eine weitere Einschränkung der Regiebetriebe verlangt; das muß gerade noch in Hannover gefordert werden! Wie aber nicht anders zu erwarten war, sind diese Ansätze bei den städtischen Kollegien auf guten Boden gefallen.

Das Gaswerk in Hannover gehört der englischen Gesellschaft (I. C. G. A.), die ja noch mehrere Gaswerke in Deutschland besitzt. Nach dem bisher geltenden Vertrage geht die Gasanlage im Jahre 1925 ohne weitere Entschädigung in den Besitz der Stadt über. Allgemein war man wohl der Ansicht, daß der Vertrag nicht wieder verlängert würde, da die Stadt die hohen Gewinne, die die Gesellschaft jedes Jahr einstreicht, selbst sehr gut gebrauchen kann. Es sollte aber wieder einmal anders kommen. Schon vorher war die Gesellschaft an die Stadtwernwaltung herangetreten, um den bisherigen Vertrag zu verlängern. Der Magistrat hatte denn auch in aller Eile, ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas erfuhr, einer Verlängerung des jetzt bestehenden Vertrages zugestimmt. Am 23. Dezember beschloßen die städtischen Kollegien in einer gemeinschaftlichen Sitzung, nachdem das Bürgervorsteherkollegium am Abend vorher die Sache beraten hatte, den Vertrag mit der I. C. G. A. um weitere 25 Jahre zu verlängern. Auch nicht einer der Bürgervorsteher hatte den Mut, dagegen zu protestieren, daß die Einwohner Hannovers auf weitere 25 Jahre dieser Gesellschaft auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind. Eine nette Werbungsbesicherung für die Einwohner Hannovers! Selbstverständlich glauben die Herren noch wunder wie schlau sie gehandelt haben, indem sie diesem Vertrage zustimmten. Natürlich nicht ohne Gegenleistung. Die Gesellschaft hatte ja eine Abfindungssumme von 10 Millionen Mark geboten. Das war für die städtischen Kollegien ein Geschäft, das dringend so schnell wie möglich angenommen werden mußte, sonst konnte es möglich sein, die Gesellschaft zog ihr von selbst gemachtes Angebot zurück und Hannover wäre um den Goldregen gekommen. Hierbei hatte man gänzlich unbeachtet gelassen, daß nicht die Stadt, sondern die Gesellschaft gekommen war und das Angebot gemacht hatte. Hatte die Gesellschaft dabei ihr Profitinteresse oder das gemeinnützige Interesse der Stadt Hannover im Auge? Jedenfalls war es doch wohl das erstere. Somit hatten die städtischen Kollegien mit ihrer Zustimmung zu diesem Vertrage gewiß keine Eile, die Gesellschaft wäre schon wiedergekommen. Der Stadtdekan sagte denn auch, bei der „prohijna“ arbeitenden Gesellschaft hätten die Verhandlungen keine Schwierigkeiten bereitet und in zwei Tagen erledigt werden können. Selbstverständlich wird die Gesellschaft keine Schwierigkeiten bereiten, wenn sie ein gutes Geschäft machen kann. Daß das der Fall ist, wird die Gesellschaft wohl am besten selbst beurteilen können.

Das Hauptlicht in diesem neuen Vertrage ist, die Gesellschaft zahlt 10 Millionen Mark Abfindung, und zwar werden bereits 4 Millionen Mark am 1. April 1912 und je 3 Millionen am 1. April 1913 und am 1. April 1914 gezahlt. Ferner übernimmt die Gesellschaft bereits vom 1. Januar 1912 ab die unentgeltliche öffentliche Beleuchtung. Bisher mußte die Stadt für jede Laterne 18 Mk. bezahlen. Vom 1. Juli 1925 an erhebt die Gesellschaft die von ihr zu leistende Abgabe von 3 Pf. auf 1 Pf. pro Kubikmeter Gas, bei einem Umsatz von mehr als 55 Millionen Kubikmeter auf 1 1/2 Pf., bei einem Umsatz von mehr als 70 Millionen Kubikmeter pro Kalenderjahr auf 5 Pf.

Wie hierher nimmt sich ja der Vertrag sehr vorteilhaft aus für die Stadt, jetzt kommt aber die Mehrheit der Medaille, weswegen auch der Vertrag nicht angenommen werden durfte. Für ein etwaigen Neubau der Notwendigkeit wird sich bald erheben stellt die Stadt der Gesellschaft das nötige Gelände bis zu 20 Morgen für die Vertragsdauer -- bis zum 1. Juli 1950 unentgeltlich zur Verfügung. Vom 1. Januar 1912 ab wird ein Embittspreis von 11 Pf. für Koch- und Leuchtgas eingeführt, für Automaten gas werden

16 Pf. berechnet. Bisher betrug der Preis für Kochgas 12 und für Leuchtgas 16 Pf. Der Preis für Automaten gas betrug 17 1/2 Pf. Einem derartigen Vertrag, der recht reichliche Ueberlegung und eingehende Beratung erforderte, hat man in Hannover ohne Zögern zugestimmt.

Für die minderbemittelten Kreise kommt hauptsächlich die Erhöhung des Preises für Kochgas in Betracht, da Leuchtgas in diesen Kreisen so gut wie ausgeschlossen ist. Diese Preiserhöhung bedeutet daher für die ärmeren Klassen eine nicht unbedeutende Belastung. Selbstverständlich müssen auch die besserstimmten Kreise den erhöhten Preis für Kochgas bezahlen, aber diese Mehrausgabe wird zum Teil wieder wettgemacht durch die Verbilligung des Leuchtgases. Die Gasrechnungen werden daher in diesen Kreisen auch in Zukunft keine höheren werden. Schon daraus ist zu ersehen, daß die Herren, als sie diesem Vertrage zustimmten, nur ihre Interessen im Auge hatten.

Die Stadtwernwaltung verabschiedet sich wieder einmal höhere Einnahmen auf Kosten der ärmeren Bevölkerung. Man brauchte eben notwendig Geld. Die Wirtschaft bei dem Mattausneben, wo heute abgebrochen wird, was man gestern erst aufbaute, verschlingt Unsummen. Bei dem Bau der Stadthalle wird es nicht anders werden, schon der ganze Werdengang der Stadthallefrage läßt darauf schließen. Man brauchte sofort recht notwendig Geld, eine Erhöhung der Steuern war nicht mehr zu umgehen. Aber bei neuen Steuererhöhungen hätte man auch diejenigen Kreise treffen müssen, die man jetzt verschont hat. Ohne Aufregung und Unruhe wäre das aber in der jetzigen Zeit nicht abgegangen. Da kamen die 10 Millionen der Gasgesellschaft wie gerufen. Daß die Gesellschaft aber deswegen ihren Profit nicht schmälern will, ist doch selbstverständlich. Die Herren aber haben gerade die minderbemittelten Klassen wieder einmal zu tragen. Das Wichtigste für die Herren war eben, wir brauchen vorläufig keine Steuererhöhungen vorzunehmen. Wenn wir auch das nicht glauben, was der Senator Weber dabei sagte, daß für alle Zeiten die Steuererhöhungen beseitigt sind. Der Goldregen wird sich bald genug verflüchtigt haben. Dätten die Herren der Stadtwernwaltung auch nur ein wenig darüber nachgedacht, daß die Gasgesellschaft trotz ihrer Leistungen an die Stadt immerhin noch einen erheblichen Gewinn erzielt und daß der Profit der Gesellschaft bei Uebernahme in eigener Regie auch noch der Stadtkasse zugute gekommen wäre, dann dürfte man diesen Vertrag nicht annehmen. Deswegen auch die Geheimnisthämerei bei der ganzen Sache. Die Herren wußten sehr gut, daß der Vertrag allerlei Unwillen in der Bevölkerung hervorgerufen hätte, wenn die Öffentlichkeit vorher davon unterrichtet war. Selbst die Bürgervorsteher wußten nicht einmal etwas davon. Erst am Tage vorher wurde das Kollegium zu einer Sonderung eingeladen, wo ihnen das Nötige darüber mitgeteilt wurde. Mein Stadtwernordnetenkollegium hätte sich das bieten lassen.

An einer Stelle der Rede des Bürgervorsteher Vorsitzenden heißt es:

„Wir dürfen uns dabei nicht von den Gedanken bestimmen lassen, daß die Engländer dabei etwas verdienen. Den Verdienst können wir ihnen gern, wenn wir selber Vorteile haben.“

Also Bedenken, daß gemeinnützige Betriebe nicht in die Hände von Privatgesellschaften gehen, hat man in Hannover nicht. Bedarf es da noch weiterer Beweise von der Regieeindlichkeit der hannoverschen Stadtwernwaltung?

In Hannover wurde im Jahre 1825 das erste Gaswerk von den Engländern errichtet. Also bis zum Jahre 1925 hatten die Engländer bereits 100 Jahre das Privileg, die Einwohner Hannovers zu schröpfen. Meiensummen haben sie in dieser Zeit wohl aus Hannover schon herausgeholt. Aber in der Stadtwernwaltung gehen selbst diese 100 Jahre noch nicht, der Vertrag mußte um weitere 25 Jahre verlängert werden, zum Schaden der Einwohner. Sollten in dieser Zeit nicht bedeutende wirtschaftliche Umänderungen eintreten, die das Gas zum Teil überflüssig machen, oder wenn keine Veränderung in der jetzigen hannoverschen Stadtwernordnung erfolgt, in auch dann noch eine abermalige Verlängerung nicht ausgeschlossen. Wie hat man in der Sitzung der städtischen Kollegien mit Zahlen jongliert, daß so mandem Bürgervorsteher wohl schwindelig vor den Augen wurde. Für die Stadtkasse zeigte man nicht. Die Stadt muß der Gesellschaft zu einem Neubau das Gelände unentgeltlich überlassen. Das Gelände soll in der Nähe der Bahn und des Hafens sein. Hat die Stadt dort kein Gelände, muß sie etwas zu hohen Preisen ankaufen. Selbstverständlich muß auch die Stadt dieses Gelände bezuzinsen, und so werden die zu erwartenden höheren Einnahmen von der Gesellschaft zur Verzinsung des Geländes wieder darauf geben. Wer nun die größeren Vorteile von diesem Vertrage hat, wird erst die Zukunft lehren.

Zobon hieraus ist zu ersehen, wie notwendig eine frühzeitige Veröffentlichung dieses Vertrages war, damit auch diejenigen sich dazu äußern konnten, deren Heil hierbei verhandelt wurde. Es ist ja nicht das erste Mal, daß die Stadtverwaltung die Regiefeindlichkeit so offen zeigt wie in diesem Falle. Erst vor einem Jahre wurde die Materialverwaltung aufgehoben. Die Folge davon war die Entlassung einer großen Anzahl städtischer Arbeiter. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter kümmern die Herren überhaupt recht wenig, das beweisen mehr als Worte es vermögen, die Löhne der städtischen Arbeiter. Die Löhne muten einem so mittelalterlich an wie die hannoversche Städteordnung. Erst wenn die jetzige Städteordnung beseitigt ist, wenn es auch den unteren Massen möglich sein wird, Vertreter in das Rathaus zu senden, wird in dieser Beziehung Wandel geschaffen. Nur wenn alle Kreise ihrer Stärke nach auf dem Rathause vertreten sind, werden wir die Gewissheit haben, daß die Interessen der Gesamtheit gewahrt werden. Die jetzige Zusammenfassung der städtischen Kollegien kann man als eine Vereinerung der Gesamtbevölkerung nicht bezeichnen. Bei einer Bevölkerung von über 300 000 hat Hannover nur ca. 11 000 Wähler zum Bürgerversammlungskollegium. Aus der jetzigen Zusammenfassung erklärt sich die Regiefeindlichkeit. Jedenfalls zeigt der Abschluß dieses Vertrages wieder einmal, wie es nicht gemacht werden darf.

Wie man im Wuppertal Arbeiterfragen erledigt.

In der Woche vor dem Weihnachtsfest kamen die Forderungen der städtischen Arbeiter von Barmen und Elberfeld in den Stadtparlamenten zur Beratung. Bisher waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der beiden Städte durch die bestehende Gemeindefiskalmission ziemlich einheitlich geregelt. Es hat jedoch den Anschein, als hätten sich die Kommissionsmitglieder über die im November 1910 eingereichten Forderungen nicht einigen können. In Elberfeld kamen die Forderungen der Arbeiter, nachdem sie schon einmal abgelehnt und von der Arbeiterschaft in einer öffentlichen Versammlung erneut zum Antrage erhoben waren, endlich am 19. Dezember zur Beratung und zwar in geheimer Sitzung. Leider vertritt man auch hier den Standpunkt, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten und den Arbeiter mit Wohlthaten zu belohnen. Offenbar hat man sich das Rezept zu diesem Pläne in Düsseldorf geholt. Es wurde nämlich beschlossen, von der Verwaltung mit Rücksicht auf die gegenwärtige erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise beantragten allgemeinen Milderung der jetzigen Besoldungsgrundsätze für die Beamten, Angestellten und Arbeiter abzusehen, und nur diejenigen Verbesserungen einzutreten zu lassen, zu denen eine besondere Veranlassung anzuerkennen ist; und zwar

- A. bezüglich der Beamten und Angestellten
- 1. Erhöhung des Anfangsgehalts der Ämter durch Fortfall der unteren Stufe von 1750 Mk. auf 1900 Mk.,

Aus dem ersten Jahrgang der „Gewerkschaft.“

Nicht viele unserer Kollegen werden Gelegenheit haben, einen Einblick zu tun in die ersten Jahrgänge der „Gewerkschaft“, die so rar geworden, daß selbst die Redaktion das Verbandsarchiv in Anspruch nehmen muß, da sie ein eigenes Exemplar nicht besitzt. ...

Nach doch verlohnt es sich wohl, die vergilbten Blätter in Augen schein zu nehmen. Es sei deshalb hier eine kleine Auserlese gegeben, die uns bekräftigen soll, daß einstens wie jetzt die „Gewerkschaft“ unsere Interessen auf den verschiedensten Gebieten wahr genommen hat.

Nehmen wir zunächst das schwer unerklärliche Kapitel der Mißstände im Arbeitsverhältnis. Schon die Probenummer brachte folgende Notiz:

„Wird der Herr einmal stramm stehen! So werden wieder die Arbeiter der Berliner städtischen Straßenreinigung von den Aufsichtsbeamten angefahren. Daß zu dem Reinigen von Straßen auch das Strammstehen notwendig ist, kann unser Verstand und gewiß auch der vieler anderer nicht begreifen.“

Leider sind auch heute noch solche „militärische“ Gespitzigkeiten zu finden. Noch sonderbarer mutet freilich folgende Notiz in Nr. 5 von 1897 an:

„Mannheim Unter „Verschiedenes“ wurde die Frage aufgeworfen, weshalb die Gasmeister der städtischen Anstalt mit einem spanischen Rohr ausgerüstet sind. Man nahm an, daß dieses zum Antreiben dienen soll und verurteilte diesen, der

2. Erhöhung des Anfangs- und Endgehalts der Verwaltungssekretäre, Bauinspektoren usw. um je 200 Mk. unter Verbeibehaltung der bisherigen Steigerungsätze,

3. den Angehörigen der Besoldungsgruppen mit nicht mehr als 2000 Mk. Anfangsgehalt nach dem Vorschlage der Verwaltung Familienzulagen zu gewähren, und zwar beim Vorhandensein von 1 Kind monatlich 3 Mk., von 2 Kindern 4,50 Mk., von 3 Kindern 6 Mk., von 4 Kindern 8 Mk., von 5 Kindern 10 Mk., von 6 Kindern 12 Mk., von 7 und mehr Kindern monatlich 15 Mk.,

4. für die Besoldung der Mangelgehilfen 1500 Mk. bis 1500 Mk. ferner kürzere Steigerungsfristen einzuführen, so daß die Höchste Besoldung statt früher mit 14 Jahren jetzt in 11 Jahren erreichbar ist. Die Besoldung der Stenotypistinnen von 600 Mk. bis 1500 Mk. auf 720 Mk. bis 1800 Mk., der Fernsprechergehilfen von 900 Mk. bis 1200 Mk. auf 900 Mk. bis 1800 Mk., der Bibliothekarin der Stadtbücherei von 1200 Mk. bis 2000 Mk. und 300 Mk. Zulage als Vertreterin des Direktors auf 1600 bis 3000 Mk. unter Fortfall der Zulage, und der Assistentinnen der Stadtbücherei von 1200 Mk. bis 1800 Mk. auf 1200 Mk. bis 2000 Mk. zu erhöhen; sowie für die Assistentin des Arbeits- und Wohnungsamtes, die zurzeit ein Gehalt von 1400 Mk. bezieht, folgende Besoldungsskala einzuführen: 1200 Mk., steigend jährlich 2 mal um 120 Mk., 6 mal um 60 Mk. in 8 Jahren auf 1500 Mk.,

5. 5 Polizeiwachmeisterstellen in Oberwachmeisterstellen umzuwandeln, in deren Zubehör neben dem Gehalt der Wachmeister eine pensionsfähige Zulage von 200 Mk., steigend nach 3 Jahren auf 400 Mk., erhalten sollen,

6. Einrückung der Vermessungsassistenten, die länger als zehn Jahre im Dienste der Stadt Elberfeld beschäftigt sind, in die Gehaltsklasse C III, unter Einrückung in die ihrem gegenwärtigen Gehalt nächstgelegene höhere Gehaltsstufe der Klasse C III,

7. die Besoldung der Bureau- und Mangelgehilfen nach dem Vorschlage der Verwaltung von 720 Mk. steigend jährlich um 120 Mk. bis 1200 Mk., dann jährlich um 50 Mk. bis 1500 Mk., und darauf 3 jährlich um 100 Mk. bis 2000 Mk. auf 720 Mk., steigend 6 mal jährlich um 120 Mk. und 1 mal um 60 Mk. bis 1500 Mk., dann 3 jährlich um 100 Mk. auf 2100 Mk. zu erhöhen,

8. die Besoldung der Mangelgehilfen von bisher 600 bis 1500 Mk. nach dem Vorschlage der Verwaltung auf 600 bis 1800 Mk. aufzuheben.

B. sämtlichen Arbeitern Familienzulagen nach den für die Beamten und Angestellten vorgesehene Grundsätze zu gewähren und außerdem den Lohnsatz der Lohnklasse II von 4,10 Mk. bis 5 Mk. auf 4,30 Mk. bis 5,20 Mk. zu erhöhen.

Alle weiteren Anträge von Seiten der Arbeiter und Angestellten wurden abgelehnt, den besen Lebensmittelpreisen sollte aber insofern Rechnung getragen werden, daß die vorstehend erwähnten Einkommensverbesserungen mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober getätigt und noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangten. Ferner soll den Arbeitern der Lohnklassen I, III, IV und V die am 1. April 1912 fällige Diebstahlszulage von 10 Pf. pro Tag ebenfalls ab 1. Oktober 1911 gewährt werden, mit der Maßgabe, daß die nächste Dienstalterszulage erst am 1. April 1913 gezahlt wird.

antigen Sklaverei ähnlichen Zustand; im 19. Jahrhundert sollte man so etwas für unmöglich halten und vor allem in Mannheim.“

Damals zählte diese Filiale freilich erst 100 Mitglieder, jetzt, da sie weit über 1000 besitzt, möchten es sich die Vorzeigten wohl überlegen, solche sonderbaren Ranz-abzeichen mit sich herumzutragen. Ueberhaupt sind für jene Zeit (1897) typisch die Uebergriffe der Unterbeamten, Vorarbeiter usw., die sich an das erwachende Selbstbewußtsein organisierter Arbeiter so schwer gewöhnen konnten. Ein gewisser Wiesner, Kolonnenführer in der Berliner Gasanstalt Gröbnerstraße, spielt in zahlreichen Versammlungsberichten eine wenig erhebliche Rolle. In einem Versammlungsbericht Berlin heißt es aber auch u. a.:

„Es wurde noch ausgeführt, daß in der Anstalt 11 Unterbeamten vorhanden sind, die, wenn man ihnen ein Zehnmarkstück in die Hand drückt oder doch reichlich mit Getränken traktiere, für gut bezahlte Arbeiter sorgen.“

Wenn die Bedingungen auch jetzt leider noch nicht ganz verschwinden, sind, dürfte es doch viel seltener geworden sein, daß solche Zustände längere Zeit existieren, dank dem kräftigeren Einwirken unserer Demonstration. Ein letztes Bild mag ein Bericht aus der Gasanstalt Schöneberg (N. O. W. A.) geben aus Nr. 12 von 1907:

„Die Arbeiter sind gewohnen, in ihrem Arbeitsraum zu speisen. Der Staub und Schmutz laßt sich nun in die Speisen mischen, so daß es oft eine Unmöglichkeit ist, dieselben überhaupt annehmen zu können, oder doch nur mit großem Widerwillen.“

Verzweifelt an dieser Notiz, die auch sonstige Mißstände rügt, ist die Unterbreitung: „Um früher Arbeiter der Schöneberger Gas-

Eine direkte Lohnerböhung von 20 Pf. erhalten also nur die Arbeiter der II. Lohnklasse. Das sind gelernte Handwerker, Maschinisten, Eisenarbeiter der Gasanstalt und Schalthwärter.

Die hier gewährten Familienzulagen sind ganz genau dem Düsseldorfer System angepaßt, nur mit dem Unterschied, daß in Düsseldorf diese Zulagen nur an solche Arbeiter mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Mk. gezahlt werden, während hier alle die Arbeiter Familienzulagen erhalten sollen, die nicht mehr als 2000 Mk. Anfangsgehalt pro Jahr haben. Immerhin wird diese Regelung von der Arbeiterschaft als ungerecht empfunden, weil alle die Arbeiter ohne Kinder und die, welche ihre Kinder nach jahrelangen Entbehrungen großgezogen haben, vollständig leer ausgehen. Die 10 Pf. pro Tag Alterszulage, die sechs Monate früher ausbezahlt wird, kann wirklich nicht einmal als eine Feuerungszulage bezeichnet werden, denn dieser Betrag zusammen ergibt nur 15,60 Mark. Man hätte mindestens die Grundlöhne aller Lohnklassen aufbessern müssen und zwar so, daß Löhne unter 4 Mk. pro Tag nicht gezahlt würden. So hat aber die Stadtverwaltung für einen Teil der Arbeiter Verbesserungen auf Kosten der leerausgehenden Arbeiter geschaffen.

In Varmen kamen unsere Forderungen am 21. Dezember zur Beratung und zwar in öffentlicher Sitzung. Hier wurde folgendes beschlossen:

1. Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung für alle Betriebe, soweit dies noch nicht geschehen ist.

2. Gewährung entsprechender Körper- oder Fußbekleidung, wenn die normale Kleidung und das normale Schutzzeug für die auszuführenden Arbeiten nicht geeignet sind.

3. Freigabe des Samstags nachmittags — unter den schon früher festgestellten Bedingungen —, soweit die Betriebsverhältnisse in den einzelnen Abteilungen es irgend zulassen.

4. Freigabe des Nachmittags von 4 Uhr ab an dem Tage vor Weihnachten, am Silvester und Kaisergeburtstag. Diejenigen Arbeiter, welche aus Betriebsrückständen über 4 Uhr arbeiten müssen, erhalten diese Stunden als Überstunden bezahlt.

5. Ab 1. April 1912 tritt folgende Lohnskala in Kraft: Lohnklasse Ia. Obermonteur, Vorarbeiter und Heizungsarbeiter 4,50—5,70 Mk. (bisher 4,60—5,70 Mk.); Lohnklasse Ib. Aufnehmer 4,10—5,40 Mk. (bisher 4,20—5,40 Mk.); Lohnklasse II. Gelernte Handwerker und Maschinisten bei den Wasser- und Lichtwerken, der Straßenbahn, dem Schlachthof, dem Kanalbau, der Müllverbrennung und solche ungelernete Arbeiter, welche nach längerer Tätigkeit im städtischen Dienste soweit angelernt sind, daß sie selbständig die Arbeitsausführung übernehmen können; Aufseher bei der Straßenreinigung und Müllabfuhr, Vorarbeiter beim Schlachthof, Kontoure beim Kanalbau 4,30—5,20 Mark (bisher 4,10—5,00 Mk.); Lohnklasse IIIa. Eisenarbeiter der Müllverbrennung, achtstündige Schicht, 4,10—4,80 Mk. (bisher 3,90—4,70 Mk.); Lohnklasse IIIb. Heizer und Krankenhausarbeiter 4,20—4,80 Mk. (bisher 4,10—4,70 Mk.); Lohnklasse IV. Kolonnenführer bzw. Vorarbeiter beim Straßen- und Kanalbau, der Straßenreinigung, der Straßenbahn, der Fortverwaltung, Eis-

zierer und Maschinenputzer beim Schlachthof 4,00—4,50 Mk. (bisher 3,90—4,40 Mk.); Lohnklasse V. Hilfsarbeiter, Erdarbeiter, Heizungsarbeiter, Murbearbeiter, Fortarbeiter, Messgehilfen, Handlanger und Arbeiter bei der Straßenreinigung Müllabfuhr, dem Kanalbetriebe und Straßenbau, Betriebs- und Plazarbeiter, Nachtwächter, Fortwächter, Viehwärter und Kohlenzieher beim Schlacht- und Viehhof 3,70—4,10 Mk. (bisher 3,50—4,20 Mk.); Jugendliche und nicht voll leistungsfähige Arbeiter wie bisher 2,50—3,50 Mk.

6. Gewährung einer Feuerungszulage in der Weise, daß die den Arbeitern am 1. April 1912 zustehende Dienstalterszulage ab 1. Oktober gezahlt wird. Die nächste Dienstalterszulage gelangt dann am 1. April 1913 zur Auszahlung.

Die Auszahlung dieser sogenannten Feuerungszulage für die Zeit vom 1. Oktober bis zum Schlusse des Jahres 1911 wurde noch vor dem Weihnachtsfeste gewährt, sie beträgt für diese Zeit den horrenden Betrag von 7,50 Mk. Die sozialdemokratische Fraktion stellt noch entsprechend unseren Forderungen folgenden Antrag: 1. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle in Wechsel- schicht beschäftigten Arbeiter. 2. Für alle anderen Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit. 3. Wöchentliche Lohnzahlung. 4. Lohn- erböhung nach dem Antrage der Arbeiter, mit rückwirkender Kraft."

Trotz eingehender Begründung dieses Antrages durch den Stadtverordneten Mohren wurden alle weitergehenden Anträge abgelehnt und zwar, wie immer, mit Rücksicht auf die Privat- industrie. Erwähnt sei hier noch, daß die Löhne der städtischen Arbeiter bereits im Sommer dahin aufgebessert wurden, daß der Anfangslohn pro Woche 26 Mk., nach einem Dienstjahr 26,75, nach einem weiteren Dienstjahr den Höchstlohn von 27,50 Mk. erreichen, so daß für diese Arbeiter eine Lohnaufbesserung diesmal nicht stattgefunden hat.

Wenn wir uns das Ganze ansehen, dann muß jedermann zugestehen, daß die beiden Stadtverwaltungen auch diesmal nur Niederwert geliefert haben. Sie werden zufriedene Arbeiter durch derartige Lohnaufbesserungen nicht erhalten. Geht man doch in Varmen sogar dazu über und berechnet bei der Gewährung der Dienstalterszulage vom 1. Oktober bis zum Schlusse des Jahres die geleisteten Arbeitsstunden. Es wird z. B. am Straßenbau vom Oktober bis November pro Tag nur 9 Stunden, von da während der kurzen Tage nur 8 Stunden gearbeitet. Nun zahlt man nicht etwa pro Tag 10 Pf. Zuschlag, sondern entsprechend der geleisteten Arbeitsstunden nur 9 bzw. 8 Pf. pro Tag. Man sieht, die Varmer Stadtverwaltung ist groß in kleinen Dingen.

Die Arbeiterschaft erkennt jede Verbesserung, soweit solche geschaffen wurden, an, wird aber nicht verzeihen, die abgelehnten Anträge zu einem geeigneten Zeitpunkt erneut einzubringen und dann auch mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten wissen. Vor allem gilt es, die Organisation noch weiter auszubauen, damit auch der letzte städtische Arbeiter von dem Wert der Organisation überzeugt wird. Hand ans Werk!

anstalt". Die wenigen Organisierten waren von Spionen umgeben und damals noch so schwach, daß sie nichts rechtes zu unternehmen wagten.

Die leidige Beitragsfrage hat zu Anbeginn unserer Organisation natürlich eine umfangreich erörterte Rolle gespielt. Dafür nur ein Beispiel, das gleichzeitig die vollständig geänderte Situation der Gegenwart kennzeichnet. In Nr. 2 von 1907 wird eine „Bekanntmachung“ vom Verbandsvorstand erlassen, worin die Unmöglichkeit dargelegt wird, länger mit 15 Pf. Wochenbeitrag Krankenunterstützung zu zahlen. Es heißt darin:

„Wir haben zu bemerken, daß fast alle andern Zentralverbände einen wöchentlichen Beitrag von 15 und ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erheben, ohne Unterstreichungen zu gewahren. Der deutsche Metallarbeiterverband erhebt sogar wöchentlich 20 Pf., ohne Krankenunterstützung zu zahlen.“

Das war einmal! Heute sind die freien Gewerkschaften durchweg auf drei- bis vierfache Beitragshöhe gelangt. Damit stieg entsprechend die Leistungsfähigkeit, und zum Segen der Mitglieder konnte, wie in allen Verbänden, so auch bei uns der innere wie äußere Ausbau der Organisation erfolgen. Möge auch der Münchener Verbandstag uns ein ansehnliches Stück vorwärts führen.

Die Taktik ist in unserm Verbande in den ersten Jahren heiß umstrittener Diskussionsgegenstand in der „Gewerkschaft“. Besonders die wiederholten „wilden“ Streiks führten zu Betrachtungen und „Lehren“. So wurde der Berliner Gasarbeiterstreik u.

Nr. 4 von 1897 unter die Lupe genommen. Im September 1896 war erneut die zum Teil schon abgeschaffte 18stündige Wechelschicht eingeführt. Das erregte natürlich böses Blut und in Anstalt IV weigerten sich 80 Kollegen, wieder 18 Stunden Dienst zu tun. Sie wurden allesamt entlassen und zum Teil in Verfolg dieser Bewegung wurde unsere Organisation aus der Taufe gehoben! Die Betrachtung im entscheidenden Teil lautet nun:

„War nun die Arbeitsweigerung der betreffenden Arbeiter vom strategischen Standpunkte aus richtig oder nicht? Sie war unbedingt unrichtig. Vom sogenannten rechtlichen Standpunkte aus ist sie gerecht gewesen, doch die Arbeiter müssen nun einmal den törichtsten Glauben aufgeben, daß es sich bei ihren Forderungen und Kämpfen um das Recht haben dreht. Das Recht haben mag sehr schön sein, nützt dem Arbeiter aber gar nichts. Die Arbeiter haben darnach zu streben, sich starke Organisationen zu schaffen und alles mit kaltem Blut planmäßig zu überlegen, dann werden sie nicht nur recht haben, sondern auch recht bekommen.“

Alles recht hübsch logisch und verlockend gesagt, und besonders die daran anschließende Belehrung, wie es hätte gemacht werden sollen (erst einmal die Wechelschicht machen und dann fortgesetzt protestieren), mag richtig sein. Nur sollen wir uns nicht darüber täuschen: elementare Ausbrüche des Unwillens gegen unerhörte Forderung vollziehen sich selten „taktisch“ oder strategisch. Trotz unserer planmäßigen Erziehungsarbeit kommt wohl immer wieder einmal solche unerwartete Entladung zum „wärmblutigen“ Ausstrag...“

Eine solche taktische Frage, die Grenzstreitigkeiten, spielte im ersten Jahre unseres Bestehens eine ganz eigenartige Rolle.

Mißstände im Eisenacher Bauamt.

An der Spitze des städtischen Bauamts steht der Herr Baudirektor Möbber, der sich bei der Ausübung seiner Tätigkeit von Grundfragen leiten läßt, die einem Scharfmacher eines industriellen Betriebes alle Ehre machen würden. Die Zeiten und auch die Menschen sind aber mittlerweile andere geworden, so daß des „Herrschens ungetrübte Freude“ keinem Sterblichen mehr zuteil wird, also auch nicht dem Herrn Baudirektor Möbber, der Leiter eines städtischen Betriebes ist.

In der letzten, sehr stark besuchten Versammlung der Arbeiter dieses Reports machte sich der seit langem aufgespeicherte Unwille über die Regierungsmaximen des Herrn Möbber in elementarer Weise Luft. Die Arbeiter sind hier wie in allen anderen städtischen Betrieben Eisenachs in unserem Verbandsorganisiert und halten es für notwendig, daß sie bei Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gehört werden. Im allgemeinen besteht in Eisenach zwischen den städtischen Arbeitern und der Stadtverwaltung, bezw. den zuständigen Dezernenten der einzelnen Ressorts ein durchaus erträgliches Verhältnis. Die Arbeiter wissen, daß unter den gegebenen Verhältnissen ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen können, und die Herren Dezernenten versuchen recht und schlecht, den Wünschen der Arbeiter nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Es könnte allerdings auch hier manches besser sein, aber — wo gäbe es nach dieser Richtung hin keine berechtigten Klagen? Anders, ganz anders ist das Verhältnis zwischen den Arbeitern des städtischen Bauamts und ihrem höchsten Vorgesetzten, Herrn Baudirektor Möbber! „Hören“ tut auch er die Arbeiter, bezw. ihre Vertretung, den Arbeiterauschuss! Das ist aber auch alles! Jemandem, und sei es ein noch so geringes Entgegenkommen oder Verständnis für ihre Wünsche finden die Arbeiter bei diesem Herrn jedoch nie! So wünschten die Arbeiter zum Beispiel kürzlich, daß ihre Arbeitszeit analog der Arbeiter im „Raubhofe“ geregelt werde, der Wunsch ist um so berechtigter, weil es sich um fast die gleiche Arbeit handelt! Meist bei den jetzigen teuren Zeiten schon der volle Tagelohn kaum aus, um die Familie zu ernähren, so ist bei einer auf 7½ Stunden täglich verkürzten Arbeitszeit und demgemäß reduziertem Lohn schlechterdings nicht auszukommen. Die Arbeiter beantragten, daß ihre Arbeitszeit auf 8½ Stunden festgesetzt werde, da ein Ausfall von 1½ Stunden Lohn pro Tag, namentlich jetzt im Winter, schon schwer genug zu ertragen wäre. Aber, sie volo, sie jubeo! (so will ich es, so befehle ich es!) was andere Ressorts machen, geht mich nichts an, so sagt der Gestrenge und es mußte bei dem geringen Verdienste bleiben. Man sagt, daß der Herr seinen Willen hauptsächlich deshalb so schroff durchsetzt, weil die Arbeiter in diesem Frühjahr eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde erreicht haben, die Notwendigkeit dieser Erhöhung hatte der Herr jedoch nicht einzusehen vermocht, und glaubt nun augenscheinlich auf diese Weise den Arbeitern das bisherige Mehrverdienst wieder streitig machen zu müssen. Wie wäre es übrigens, wenn auch dem Herrn Direktor, der erst wieder eine Gehaltszulage von 500 Mk.

pro Jahr erhalten hat, gleichfalls die Arbeitszeit und natürlich auch der Verdienst gekürzt würde, wie er es bei den Arbeitern einzuführen für gut befunden hat?

Die Befehle des Herrn Direktors müssen streng befolgt werden, das versteht sich am Rande, dagegen hat ein vernünftiger Mensch natürlich nichts einzuwenden. Aber das ist oft leichter gesagt als getan, weil der Herr Direktor manchmal sehr wunderbar ist! Die Arbeiter kommen infolgedessen sehr oft in eine arge Zwidmühle. So befahl zum Beispiel der Direktor neulich: „Um 1½ Uhr nachmittags ist Arbeitsluß!“ Der Vorarbeiter Burthardt befahl jedoch das Gegenteil! Die Arbeiter befolgten ganz naturgemäß den Befehl des „Höchsten“ und wurden dafür von diesem selbst wegen der Befolgung seines eigenen Befehles gehörig — angechnauzt! Also in solchen Fällen gilt der Befehl der „nachgeordneten Stelle“! Aber durchaus nicht immer ist das der Fall! Es kommt nämlich vor, daß die Arbeiter für die Mehrarbeit keinen Lohn bekommen, wenn nicht ein ausdrücklicher Befehl des Direktors für die Mehrarbeit ergangen war! Der Herr Direktor hat nun verfügt, daß stets der Befehl des unmittelbaren Vorgesetzten zu befolgen ist, auch dann, wenn die Arbeiter wissen, daß der Befehl ein falscher ist. Nicht müssen, das ist die Parole, und Kadavergehorsam die notwendige Folgeerscheinung! Oberster Grundfatz ist und bleibt bei dem Herrn: Die Arbeiter haben Unrecht! Leute, die es wagen, dem Herrn Direktor furchtlos und höflich die Wahrheit zu sagen, haben keine Stimme, ihre Aussagen, und träten ihrer 10 Mann vor und bezeugten alle einmütig dasjenige, wogegen jeder leicht gegenüber der Aussage auch nur eines seiner „Getreuen“! Ueberhaupt ist der Falschfatz bei Herrn Möbber Regierungsmarine. Einmal erklärte der Herr zum Beispiel, mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter verhandle er überhaupt nicht, und solche auch keinerlei Verträge mit diesem ab, ein andermal sollen die Arbeiter den Tarif im Baugewerbe unbescholen anerkennen, ein drittes Mal sagt er zornig, er will überhaupt keinerlei Abmachungen und Verträge! Mit Friedrich Wilhelm IV. von Preußen ist er offenbar der Meinung: „Ich will nicht, daß sich zwischen mich und mein Volk ein Blatt Papier dränge“. Die natürliche Folge dieser Art Regierung ist, daß sich der Arbeiter eine Art Heroisität bemächtigt hat, denn ein jeder denkt: Des Herrn Wege sind wunderbar, und — der nächste Tag kam unangenehme Ueberraschungen bringen! Unter der Unsicherheit der Erläuterung leiden ganz selbstverständlich auch die Arbeiter und dadurch auch der Stadtsäckel! Hinzu kommt noch, daß der Herr Direktor kein Freund der städtischen Regierarbeit ist. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird den Arbeitern gedroht, daß die Arbeit Privatunternehmern übergeben werden soll, weil diese angeblich „billiger“ arbeiten. In der letzten Betonung dieser „Anmicht“ wird der Direktor aufs lebhafteste unterstützt durch den Affinitäten Herrn Eisenberg, der allerdings als fachverständig gelten kann, fintelmalen man den Herrn fast täglich in ständiger Fühlung mit den in Frage kommenden Unternehmern des Baugewerbes beobachten kann. Von Zeit zu Zeit wird dann immer wieder das

Wir forderten die „Holz- und Kohlenarbeiter“ ausdrücklich auf, aus unserem Verbands auszuschleichen und dem Transportarbeiterverband beizutreten. Als dem auch ein solcher Beschluß zustande kam, wurde er in der „Gewerkschaft“ mit Freuden begrüßt. Interessant genug ist die Begründung, da sie gleichzeitig eine weitere ergänzende Darstellung unserer Organisationsgründung bedeutet. In Nr. 11 von 1897 schrieb also Claudius (B. Pörsch) darüber u. a.:

„Die Holz- und Kohlenarbeiter waren die eigentlichen Gründer unserer Organisation. Als im Frühjahr 1896 die Berliner Gasarbeiter sich zu organisieren beabsichtigten, aber aus Furcht vor Wahregelungen keine eigene Organisation gründeten, ließen sie bei den verschiedensten bestehenden Vereinigungen umher und fragten an, ob man sie nicht aufnehmen wolle. Die Holz- und Kohlenarbeiter, welche eine lokale Organisation besaßen, erklärten sich hierzu bereit. Aus dieser gemeinsamen Organisation entstand später der gegenwärtige Verband. Die Gasarbeiter überlieferten bald die Holz- und Kohlenarbeiter, so daß gegenwärtig im Verband wohl 90 Proz. Gas- und andere städtische Arbeiter sein dürften und nur 10 Proz. Holz- und Kohlenarbeiter.“

Im weiteren wird die Notwendigkeit der Abtrennung überzeugend dargelegt und besonders auf die Unzweckmäßigkeit hingewiesen, die verschiedenartigen Interessen aneinander zu kuppeln. Der gleiche Gesichtspunkt war bekanntlich auch für die Forderung auf einheitliche Organisation aller städtischen Arbeiter maßgebend.

Etwas fremd mutet uns der Stoßkussler der damaligen Redaktion an, der geradezu den entgegengesetzten Charakter trug

wie heute — was sich naturgemäß aus der noch schwachen Bewegung erklärt. In Nr. 6, 8 usw. wird über mangelnde Berichterstattung gestöhnt und energisch zur Mitarbeit aufgefordert. Und jetzt? Ach, der Raum will es nicht lassen! Und die Unsumme von Arbeit, die heute allein für Kürzungen in der Redaktion zu vollbringen ist! (Eine wenig erbauende Beschäftigung, die noch dazu niemandem recht gemacht werden kann, denn jeder Mitarbeiter hat sich bekanntlich schon „so kurz wie nur möglich gefaßt“!) Da kann man es der Redaktion schwerlich verargen, wenn sie fast die „gute alte Zeit“ herbeiführen möchte auf diesem Gebiet.

Doch geschwundene Zeiten lehren nimmer und wenn dieser kurze Blick in die Vergangenheit unseres Verbandsorgans uns klar zum Bewußtsein gebracht hat: Wir sind im Flusse der Entwicklung vorwärts gekommen trotz aller Hindernisse, so rufen wir allen unsern Freunden, Mitarbeitern und Lesern im neuen Jahr zu: Kein Stillestehn darf's für uns geben; Vorwärts! und Kampf bleibt unser Streben!

F. D.

In den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist der Erfolg einer Partei wesentlich bedingt durch die Einigkeit und Geschlossenheit der Standesgenossen. Wer durch ein Sonderabkommen mit dem Gegner die Einigkeit verliert, schädigt die Interessen seiner Standesgenossen aufs schwerste.

6. Justizrat des Reichsgerichts, Urteil vom 8. Februar 1909.)

werückt in die Welt gesetzt, daß das städtische Bauamt, weil „unrentabel und zu teuer“, aufgelöst und diese Arbeiten den Privatunternehmern übertragen werden sollen! Wer lacht da?! Hebrigens, um es gleich an einem Beispiel ad oculos zu demonstrieren, wieso und warum Regiearbeiten, falls es überhaupt vorkommt, zu „teuer“ werden, sei zu Ruß und Frommen der Radbeter dieser „Theorie“ das folgende angeführt! Das Bauamt hatte früher 25 Arbeiter mehr als jetzt, weil damals der Bauhof noch sein besonderes Meßort bildete. Man hatte damals jedoch nur einen Aufseher, jetzt hat man trotz verminderter Arbeiterzahl deren drei! Außerdem hat man jetzt aber noch einen Quabhalter, zwei Schreiber und — wie er scherzhafterweise genannt wird — ein diensttundes Faktotum! Daß durch eine solche Belastung dieses Meßorts die Regiearbeit scheinbar recht teuer wird, darf nun nicht Wunder nehmen. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiter sehr oft veranlaßt werden, Arbeiten, also Lohn und Zeit, auf eine Kommission zu fahren, zu der sie gar nicht gehören. Da kann es sehr leicht vorkommen, daß rein budmäßig solche Arbeiten „teurer“ werden, als wenn sie der Privatunternehmer ausgeführt hätte. Ein solches Verfahren ist doch aber nur „Sand in den Augen“ derjenigen, die keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen haben. Die Privatunternehmer reiben sich vergnügt die Hände, wenn sie immer und immer wieder hören wie „billig“ sie sind und trotzdem noch einen solchen Nebbass dabei machen! Doch hier einzuarbeiten, ist Sache des Gemeinderats und der Bürgerkraft, die sicher nicht wollen, daß man mit derartigen Jongleureknumstücken die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt. Jedenfalls verlangen die Arbeiter des Bauamts, daß man nicht auf Kosten ihres guten Rufes Dinge in die Welt setzt, die zur Wirklichkeit passen wie die Haut aufs Auge! Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl des Gemeinderats wie an das der gesamten Öffentlichkeit, sie mögen hier urteilen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es in der Luther- und Warburgstadt Eisenach noch Instanzen gibt, die unierem Protest verheben und begreifen werden, und auf deren Ansicht selbst der Herr Bauamtsdirektor Möhler noch einige Rücksicht nehmen muß. Die Zeiten, die sich Herr Möhler herbeiwünscht, sind unwiederbringlich und für immer dahin!

Zum Schluß jedoch richten wir an alle städtischen Arbeiter, namentlich aber an die des Bauamts, das Ersuchen, eingetragene und sehr zusammenzuleben. Komme, was kommen mag, wir werden uns nicht provozieren lassen. Wir sehen allen weiteren Maßnahmen des Herrn Bauamtsdirektors Möhler mit dem ruhigen Bewußtsein entgegen, daß wir mit dieser Veröffentlichung nur unser gutes Recht und nichts als dieses verteidigt haben! Auch wählten wir diesen Weg erst, als sich alle anderen Versuche, Entgegenkommen und Verständnis für unsere Lage zu finden, als vergeblich erwiesen haben.

• **Rus Politik und Volkswirtschaft** •

Was wollen die Sozialdemokraten? Wir leben in einer Zeit großer wirtschaftlicher Umwälzungen. Überall zeigt sich eine rasche Umwidmung des Großbetriebes, während die Kleinbetriebe zurück gehen. Dadurch werden immer größere Kreise des Volkes zu Proletariats, sie werden benutzlos gemacht. Die Produktionsmittel werden immer mehr das Eigentum einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Menschen. Die Warenproduktion erfolgt nicht etwa, um der Allgemeinheit Nutzen zu bringen, sondern es soll ein recht hoher Gewinn aus jedem Betrieb herausgeschlagen werden. Die Arbeiter bekommen von den von ihnen geschaffenen Werten nur einen geringen Teil als Arbeitslohn, das übrige der Mehrwert fließt nicht als Profit in die Taschen der Unternehmer oder wird wieder anderweitig zu Produktionszwecken verwandt. Der Unternehmer verneht es aber auch und hat ein großes Interesse daran, den Arbeiter auszubeuten. Je mehr der einzelne Arbeiter produziert, desto mehr Gewinn für den Unternehmer. Davon die Kapitalrentenanteile an der Wirtschaftsentwicklung selbst, liegt ganz klar und offen auf dem Band. Außer der Kapitalrentenanteile stehen noch verschiedene Gruppen, die das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch nicht erkannt haben, aber auch der Meinung sind, daß es ein so gewesen, einzig so bleiben werde. Alle zusammen tritten darum seit die heutige Gesellschaftsordnung zu erhalten. Sie werden bei Wahlen sich deshalb einer Partei anschließen, die an der bestehen der Wirtschaftsentwicklung selbst. Anders die Arbeiterklasse. Sie hat erkannt, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung für die Allgemeinheit äußerst schädlich ist und deshalb bekämpft und beseitigt werden muß. Diese Aufgabe hat sich die Sozialdemokratie gestellt, sie ist die einzige Partei, die auf Grund ihres Programms die Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung anstrebt. Die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist es, was die Sozialdemokratie will. Nicht einige wenige, sondern die Allgemeinheit soll den Nutzen aus den Maschinen, die Erde, Tech-

nik und Industrie bieten, ziehen. Heute zieht zum Beispiel der Besitzer eines Kohlenbergwerks ungeheure Summen aus einem ihm in Wirklichkeit gar nicht gehörenden Produkt. Das ist ein unwürdiger Zustand. Die Ueberführung aller dieser Produkte in den Besitz der Allgemeinheit, die Menschheit zu befreien aus Elend, Armut und von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das ist das Ziel der Sozialdemokratie. Wie dieses Ziel erreicht wird, darüber gibt die Sozialdemokratie Aufschluß in dem zweiten Teil ihres Programms. Wir sehen also hier einen strikten Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien, zwischen Arbeitern und Besitzenden; dort Erhaltung, hier Beseitigung des Bestehenden, das ist es, was die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zuführt. Die Entscheidung bei der kommenden Reichstagswahl kann für die Arbeiterklasse nicht schwer sein. Tue deshalb jeder seine Pflicht, es gilt am Wahltag nicht nur zu schlagen, sondern auch zu sagen, dem Ziele, das sich die Sozialdemokratie gesetzt hat, näherzukommen. Der Preis, der uns entgegengewinkt, ist ein großer. Es gilt die Arbeiter aus den Fesseln der Ausbeutung herauszuführen auf die sonnigen Höhen einer besseren Zeit.

• **Notizen für Gasarbeiter** •

Danzig. Die Lohnbewegung der Gasarbeiter ist im alten Jahre nicht mehr zum Abschluß gekommen. Bei der Zulage von 1 und 2 Pf. pro Stunde sind die Handwerker nicht mit einbezogen, auch einige Arbeiter haben keine Zulage erhalten. Nach der Zustimmung des Stadtrats Rungke, der Dezentrat der städtischen Gas- und Wasserwerke in, soll die Zulage nicht als endgültige Erledigung der geäußerten Forderungen gelten. Doch ist die Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Mantelgeld noch nicht vom Magistrat erledigt. Das gleiche gilt von der Forderung um Erwidmung eines Arbeiterausschusses und Einführung von Lohnskalen mit alljährlichen Steigerungen. Dagegen haben die Stadtverordneten in der Sitzung vom 19. Dezember einer Magistratsvorlage ihre Zustimmung gegeben, nach der die städtischen Arbeiter nach dreijähriger Beschäftigung in städtischen Diensten nach folgender Grundlagede Minderzulagen erhalten: Vom 1. Dezember 1911 werden allen städtischen Arbeitern und Handwerkern nach dreijähriger Beschäftigungsdauer bei 3 Kindern 2 Mk., bei 4 Kindern 4 Mk., bei 5 Kindern 6 Mk., bei 6 Kindern 8 Mk., bei 7 Kindern 10 Mk. monatlich gezahlt werden. Es ist Aussicht vorhanden, daß die oben erwähnten Forderungen teilweise im Januar oder Februar bewilligt werden. Somit haben die Danziger Kollegen zwar wenig erreicht, aber als Abschlagszahlung sind diese Zugewandnisse annehmbar.

Leipzig. Die Gasarbeiter nahmen erneut Stellung zu ihrer Forderung auf Einführung von Wochenlöhnen und Regelung der Arbeitszeit. Nachdem die Kommission zur Verhandlung mit dem Bauamt Trautmann ihrer Aufgabe genügt und darüber berichtet hatte, mußte sie auf Einladung auch beim Stadtrat Vorstellend werden. Sie erhielt dort den bereits erteilten Bescheid nochmals bekräftigt mit dem Bemerkten, daß die Erörterungen über die Einführung der Wochenlöhne für die Gasarbeiter zugleich mit der in Ausarbeitung befindlichen allgemeinen Lohnordnung und Arbeitszeitregelung für alle städtischen Arbeiter und Betriebe verbunden sei. Eine entsprechende Zeit mußte aber noch beantragt werden, ehe diese Grundfrage über die Veranberichtigung der Arbeitszeit mit der Einführung der allgemeinen Lohnordnung geschieden und zur Durchführung gebracht werden konnten. Nach dem Bericht der Kommission setzte eine rege Diskussion ein, in der die Redner teils für, teils gegen eine Beschäftigung des Kampfes sprachen. Am jedoch dies lang ererbte Reformwerk für die Allgemeinheit nicht zu gefährden, stimmte die Versammlung der nachfolgenden Resolution zu: Die städtischen Gasarbeiter erklären, im Interesse aller städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen ein Einspruch zu wollen, indem sie Kenntnis nehmen von den Erklärungen der Herren Bauamt Trautmann und Stadtrat Vorstellend und sich hierzu damit begnügen. Sie erwarten jedoch, daß diese Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben und in baldiger Zeit anstandslos in der nächsten Verhandlung zum endgültigen Abschluß gebracht wird.

• **Rus den Stadtparlamenten** •

Karmen. Die Stadtverordnetenversammlung vom 21. Dezember 1911 beschloß eine Lohnaufbesserung und Neuordnung der Tarifverhältnisse der städtischen Arbeiter, welche am 1. April 1912 in Kraft tritt. Ferner wurde den städtischen Arbeitern eine Feuertarngulage mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1911 an bewilligt.

Groß Väterfelde. Die letzte Gemeindevorstellung beschloß, den verheirateten Gemeindevorstellern, die Kinder und ein Einkommen von weniger als 2000 Mk. besitzen, eine einmalige Feuertarngulage von 20 Mk. zu gewähren. In diesem Besche wurde insgesamt 2000 Mk. bewilligt.

Sobentheim Grunthal. Die Stadtverordneten beschloßen, den nachstehenden Arbeitern bis März 1912 eine Feuertarngulage zu gewähren.

Mech. Eine große Debatte löste am 18. Dezember im Gemeinderat die Frage der Erhöhung der Gehälter der Beamten und Lehrer und die Lohnerböhung der Arbeiter aus. Es wurde beschlossen, den städtischen Beamten und Lehrern eine Gehaltsaufbesserung mit rückwirkender Kraft bis 1. April 1911 zu verleihen, ihnen vorerst aber Zuwendungen von 150, 125 und 100 Mk. zu machen, die auf die kommende Gehaltserhöhung in Anrechnung kommen. Die Arbeiter, die drei Jahre und länger im städtischen Dienste stehen, werden eine einmalige Zuwendung von 30 Mk. erhalten, die mit kürzerer Dienstzeit eine solche von 15 Mk. Die gleiche Vergütung wurde den Arbeitern der Straßenbahn und der Elektrizitätswerke, sowie dem Fahrpersonal der Straßenbahn zugewilligt.

Neuß. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte am 19. Dezember 1911 einen Kredit von 6000 Mk. Aus demselben sollen verheiratete städtische Beamte und Angestellte mit einem Einkommen bis zu 2500 Mk. sowie städtische Arbeiter, die ein Jahr bei der Stadt tätig sind, eine Feuerungszulage erhalten von 10 Mk. für jedes ihrer Kinder unter 16 Jahren.

Müstringen. Auf die Eingabe unseres Verbandes beschloß der Magistrat und Stadtrat, den städtischen Arbeitern eine Feuerungszulage zu gewähren. Es erhalten ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder 20 Mk., verheiratete mit 2 Kindern 40 Mk., mit 3 bis 4 Kindern 50 Mk. und mit 5 und mehr Kindern 60 Mk. Alleinständige Arbeiter erhalten die Hälfte der vorstehenden Sätze. Die Zulage ist einmalig.

Schöneberg. Die Feuerungszulage für die städtischen Arbeiter ist von der Deputation zur Regelung der Arbeiterlöhne abgelehnt worden, dagegen ist eine Revision der Löhne vorgenommen, und zwar in der Weise, daß statt des bisher gewährten Tagelohnes nunmehr Wochenlöhne zugrunde gelegt werden. Die Arbeiter sollen erhalten, ob händisch oder nichtständig, pro Woche 25 Mk., steigend alle 2 Jahre um 150 Mk. bis zum Höchstlohn von 31 Mk. Die Vorarbeiter erhalten 3 Mk. pro Woche und die Desinfektoren und Kraftwagenfahrer 1 Mk. mehr pro Tag als die Arbeiter. Ferner bekommen die Arbeiter und Vorarbeiter der Straßenreinigung, der Manufakturreinigung und die Kraftwagenfahrer außer ihrem Lohn freie Dienstkleidung. Die Wäbter erhalten wöchentlich 7 Arbeitstage 26,50 Mk. Der geringere Lohn der letzteren wird damit begründet, daß diese Arbeiter in den meisten Fällen Rente beziehen. Die Mesgeschillen beginnen mit wöchentlich 25,50 Mk. und erreichen einen Höchstlohn von 33 Mk. in 5 Jahren. Hier finden jährliche Steigerungen statt. Die Wärtner beziehen 27 bis 33 Mk. in vierjährigen Steigerungen. Die Arbeitsbüchsen bekommen 9 Mk. und steigen pro Jahr um 3 Mk. bis 18 Mk. Die Arbeiterinnen erhalten 16,50 Mk. und die Heilmacherefrauen im Monatslohn 50 Mk., im Stundenlohn 30 Pf. pro Stunde. Die Handwerker erhalten die tarifmäßigen Lohnsätze ihres Berufs oder, falls ein Tarif nicht besteht, mindestens den Lohn des Vorarbeiters. Ferner sollen die Grundzüge II wesentliche Änderungen erfahren. Der § 7 soll lauten: Die Arbeiter erhalten Wochenlohn. Für gesetzliche Feiertage, die nicht auf Sonntage fallen, erfolgt kein Abzug. Sonntags-, Feiertags- und Heberstundenarbeit wird nach Stundenlöhnen berechnet. Heberstunden, d. h. die über 9 Stunden täglich hinaus geleistete Arbeit, werden mit einem Zuschlag von 25 Proz. vergütet, Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen mit durchweg 50 Proz. Die Frage des Abfindungslages sowie die Grundzüge werden in einer späteren Sitzung beraten. Es kam bisher darauf an, die Löhne aufzubessern und vor dem Zeit zur Auszahlung gelangen zu lassen. Als Tag des Beginns der Aufbesserung ist der 1. Dezember d. J. festgesetzt. Den Angestellten und Unterbeamten soll eine Feuerungszulage gewährt werden, ähnlich wie dies in anderen Orten geschehen ist.

• **Aus unserer Bewegung** •

Gautonferenz Münsberg i. Pr. Am 17. Dezember fand in Münsberg die erste Gautonferenz des Gauess Ost und Westpreußen statt. Die circa 700 Mitglieder waren durch 16 Delegierte aus fünf Orten vertreten. Kollege Wesołowski berichtete über die Bewegung der Mitglieder seit Bestehen des Gaubüreaus. Schon bei der Gründung des Gaubüreaus war man sich darüber klar, daß die Bewegung im Nordosten Deutschlands keine so schnelle Entwicklung aufweisen werde wie in anderen Landesteilen. Nach fast fünfjährigem Bestehen des Gaubüreaus ist es uns gelungen, auch in Danzig, Elbing, Marienburg und Tilsit die städtischen Arbeiter zu organisieren, allerdings noch nicht in dem Maße, wie es im Interesse der städtischen Arbeiter liegt. Münsberg hat in den verflochtenen Jahren ein handiges Schwanken in der Mitgliederbewegung aufzuweisen gehabt. Die Ursachen des langsamen Aufstieges sind mannigfaltiger Natur. Einerseits fand die Aufwärtsbewegung der Mitglieder in allen Dingen an der Mangelrechnungsmittel der Verwaltungen. Das Verlangen der Kollegen, die Lohn und Arbeitsbedingungen zu verbessern, wollten sie auf diese Weise erlangen. Trotz aller Schwächen ist es demnach gelungen,

durch die Organisation die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter zu heben. Eine Ausnahme hiervon machte bisher Danzig. In der größten Stadt Westpreußens sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen die schlechtesten. Erfreulicherweise kann die Gauleitung über Mangel an Verständnis und Mithilfe bei der zu leitenden Agitationsarbeit nicht klagen. Den vereinten Bemühungen der Mitglieder und der Gauleitung ist es auch gelungen, die Mitgliederzahl zu heben und einen Teil der im Anfang des Jahres eingeleiteten Lohnbewegungen zu einem für die Mitglieder günstigen Abschluß zu bringen. Allein im letzten Halbjahr (Juli bis Dezember) haben wir mehr denn 100 neue Mitglieder der Organisation zuführen können. Die schnelle Entwicklung hat die Ästiale Danzig durchgemacht, die eine Mitgliederzunahme von mehr als 300 Proz. aufzuweisen hat. Diese Pionierarbeit wird nun auch ihren Lohn in einer nennenswerten Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der städtischen Arbeiter Danzigs finden. Dort wird auch den städtischen Arbeitern mit aller Schärfe eingepreßt, daß ohne unsere Organisation eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nicht eintritt. Die meisten Mitglieder der Ästiale Danzig gehörten früher Organisationen anderer Richtungen an. Diese haben sich gar nicht ernstlich um die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder bekümmert, und deswegen ist es bei den elenden Löhnen geblieben. Erst mit der Erklärung unseres Verbandes kam ein neuer frischer Zug in die Bewegung. — In der Diskussion wurden ganze Register von Schikanen, Maßregelungen und Behinderung des Koalitionsrechtes aufgeführt. Ein Sturm der Entrüstung brauste durch den Saal, als der Delegierte der zweitgrößten Ästiale, Danzig, beim Ergründen des Wortes darum bat, seinen Namen nicht zu nennen, da man ihn dann schikanieren oder gleich entlassen würde. (Auch eine Illustration des Kommunal-liberalismus in Preußen.) Die Ausführungen des Berichtserhalters wie der Diskussionsredner wurden in einer Resolution zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand und die unter anderem auch Unterrichtsleiter für die Mitglieder der Vorstände und für die Vertrauensmänner der Organisation fordert. Kollege Wesołowski referierte dann über: „Unsere Grenzfreiheiten und wie können wir sie in der Zukunft vermeiden“. Nach kurzer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die die Richtlinien für die Ästialeleitungen gibt, wie sie sich in Grenzfreiheitsfällen zu verhalten haben. Da die Delegierten für strenge Befolgung eintraten, ist Aussicht vorhanden, daß wir künftig noch weniger wie bisher mit Grenzfreiheitsfällen zu tun haben werden. Nachdem wurde über die Frage verhandelt: „Welche Stellung nehmen wir gegenüber den christlichen, kirchlich-landwirtschaftlichen und nationalpolnischen Gewerkschaften ein?“ Kollege Wesołowski führte aus, daß wir mit diesen Organisationen wenig zu tun haben, da sie so geringe Mitgliederzahlen haben, daß sie ernstlich als Konkurrenten unserer Organisation nicht in Frage kommen. Durch ihre selbstherrlichen Vorgehen bei Lohnbewegungen, trotz ihrer Schwäche, schädigen sie aber die städtischen Arbeiter, weil hierdurch bei den Stadtverwaltungen der Eindruck der Schwäche der städtischen Arbeiter erweckt wird, die uns gewöhnlich nicht vorhanden ist, den Stadtverwaltungen aber einen Grund mehr gibt, alle Eingaben abzulehnen. Die Delegierten waren sich darüber einig, daß diese Vereine ein Arbeitsbüreau für die städtischen Arbeiter sind und deswegen vor dem Beitritt zu diesen Vereinen gewarnt werden muß. Ueber den Ausbau unserer Organisation in Ost und Westpreußen und Posen wurde vom Gauleiter ausgeführt, daß es uns in den nächsten Jahren gelingen muß, auch in die bisher von uns noch nicht bearbeiteten Orte einzudringen. Gelingen wird uns das nur dann, wenn die Leitungen der Ästiale darauf bedacht sind, selbständiger zu handeln, damit der Gauleiter mehr Zeit zur Agitation in den anderen Orten findet. Der Gau Ost- und Westpreußen und Posen ist in räumlicher Ausdehnung der größte, an Mitgliederzahl aber der zweitkleinste. Obwohl die großen Entfernungen der einzelnen Städte eine Erschwerung in der Agitation bilden, muß sie im Interesse der guten Sache doch durchgeführt werden. Die in letzter Zeit wiederholt gemachten Verbände haben uns darin bekräftigt, daß es gelingen wird, die Organisation auch in anderen Städten zu errichten. Eine Resolution, die alle Mitglieder zu reger Mitarbeit verpflichtet, um dem Gauleiter die Bearbeitung weiterer Orte zu ermöglichen, fand einstimmige Annahme. Es wurde noch beschlossen, solche Konferenzen möglichst alljährlich abzuhalten. Die nächste findet 1912 in Elbing statt. Hierauf schloß der Vorsitzende, Kollege Dankel-Elbing, die Tagung mit einem Hoch auf den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Die anwesenden Delegierten schieden von Münsberg mit dem Hoch, den Arbeitskollegen das Gebörte mitzutellen und sie zum beharrlichen Kampfe anzuspornen.

Berlin. (Rieb- und Schlachthof.) In der gut besuchten Generalversammlung vom 15. Dezember v. J. nahmen die Kollegen zu der Wiedererrichtung des Arbeiterausschusses Stellung. Einleitend erklärte Kollege Jabel, daß die Wahl fast aller Ausschüsse in den Berliner Parteien, nach der Mandatsniederlegung im vorigen Jahre, wieder erfolgt sei. Eine Ausnahme davon machen nur die Parteien des Rieb- und Schlachthofes. Wenn die Ausschüsse für die Stellgenossenschaft nach dem alten Regelatw auch nur wenig

Bedeutung haben, so ist doch der Wunsch der Arbeiterchaft, die Auskünfte wieder zu erhalten, verständlich, da sie sich den Arbeitern anderer Betriebe gegenüber in keinem Ausnahmestand befinden wollen. Die Wiedererrichtung kann aber nur unter den Gesichtspunkten erfolgen, daß versucht wird, mit den Auskünften zugleich auch ein neues Regulatorium zu erhalten. In der Diskussion sprachen alle Redner im Sinne des Kollegen Zabel. Der im Anschluß daran gefasste Beschluß ging dahin, daß die Ortsverwaltung beauftragt werden soll, bei dem Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes die Wiedererrichtung des Arbeiterausschusses unter Beifügung des bereits im Jahre 1910 eingereichten Regulatoriums zu beantragen. An Stelle des Kollegen Denke, welcher sein Amt als zweiter Obmann niederlegte, wurde Kollege R. Schümann gewählt. Zum Schluß forderten mehrere Kollegen zur regen Beteiligung an den Arbeiten zur bevorstehenden Reichstagswahl und eine Kollegin zur Agitation unter den Frauen für die politische Organisation auf.

Töbeln. In der Versammlung vom 23. Oktober wurde beschlossen, in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise eine entsprechende Lohnerböschung zu beantragen. Der Arbeitsrat hat nicht nur auch umgehend eine entsprechende Eingabe ein. Das Stadtverordnetenkollegium arbeitet „schnell“, denn schon am 13. Dezember beschloß es sich mit der Eingabe. Vom Parlament wurde zu der Eingabe erklärt, daß den Bauamtsarbeitern bereits im vorigen Jahre eine Lohnzulage gewährt worden ist. Einen ganzen Reichspennig! Da aber im Frühjahr der Lohnsturz ablante, so machte sich infolgedessen auch für die Bauamtsarbeiter eine anderweitige Regelung notwendig. Man solle also bis dahin warten. Der Bauamtsrat und der Rat haben demgemäß beschlossen. Demnach hatten also unsere Kollegen warten müssen bis das Kaiserlöffel wieder weht. Diese Haltung des Stadtrates und Bauamtsausschusses ging selbst dem Stadtverordnetenkollegium wider den Strich. Einstimmig beschloß man, die Lohnerböschung bereits ab 1. Januar in Kraft treten zu lassen. Und das ist das Mindeste, was wir erwarten konnten, denn die Lohnzulage wird doch wohl nur wieder einen ganzen Pennig betragen. Der Vertreter berichtete dann noch, daß auch die Arbeiter beim Betriebsamt (Gas, Wasser, Elektrizitätswerke) und die Laternenwärter ebenfalls ab 1. Januar eine Lohnzulage von mindestens 1/2 einen Pennig pro Stunde erhalten sollten. Als es noch eine kleinere Münze als wie einen Pennig gebe! An den händischen Arbeitern muß es nun liegen, durch energische Stärkung der Organisationen den Herren Stadtvätern einmal eine höhere Lohnzulage abzurufen. Mit dem verminderten Pennig ist ihnen bei ihren minimalen Löhnen obwohl nicht gedient, und wenn Töbeln auch nur eine Kleinigkeit ist, der Lebensunterhalt ist aber genau so teuer als in der Großstadt.

Gewerksünde. Unter recht traurigen Verhältnissen in Lagerischer Beziehung haben die Kollegen vom hiesigen Arbeitsrat zu leiden. Der Monatslohn wurde an die Verwaltung das Erbsen geholt, den Aufenthaltsraum der Arbeiterchaft zu vergrößern. Der jetzige Raum ist viel zu klein und auch nicht so ein gerichtet, jedem Kollegen Sitzgelegenheit zu gewähren. Ein Zeit, welches von der Stellwache des Nachts benutzt wird, muß am Tage die fehlenden Stühle und Bänke ersetzen. Wohl hat die Verwaltung eine Vergrößerung des Raumes zugesagt, auch sind die Pläne gemessen worden, aber zur Abänderung ist noch nichts geschehen. Weiter fehlt der Verbandskasten. Gerade die Arbeiter vom Arbeitsrat, die doch bei der Ausübung ihrer Tätigkeit oft unternimmt mit geringen Gegenständen aller Art in Verbindung kommen, sich schnell eine Blutergußung zuziehen können, haben nicht die Möglichkeit, sich bei eventuellen Verletzungen gegen Verärgertungen zu sichern. Selbst die unentbehrliche Waidvorrichtung ist nicht vorhanden und eine Reinigung nach vollendeter Arbeit nicht möglich. Mit wie wenig Kostenaufwand können die geschädigten Mängel beseitigt werden, wenn nur der gute Wille seitens der Verwaltung vorhanden wäre.

Jena. Am 2. Dezember tagte im Restaurant „Schillerhof“ eine Versammlung jänischer händischer Handwerker und Arbeiter zwecks Stellungnahme und Beratung einer Feuerungszulage. Kollege Müntzer Leipzig schilderte in trefflichen Worten den Grund und die Entstehung der jetzigen Feuerung. Folgende Resolution wurde einstimmig von der Versammlung angenommen: „Die Versammelten händischen Arbeiter und Handwerker aller jänischen Betriebe Jenas ersuchen den Gemeinderat, in Rücksicht auf die Leihende und täglich sich mehr und mehr verschärfende Preissteigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, dem sich dadurch in den Kreisen der händischen Arbeiter und Handwerker fühlbar machenden Mangel durch schleunige Gewährung einer Feuerungszulage entgegenzusetzen. Die Versammelten stellen fest, daß namentlich in den hinteren Familien die Not ganz außerordentlich heftig ist, und Mangel und Siedhung, infolge der Mangelernährung, un vermeidliche Gäste der Arbeiterfamilien werden müssen. Die Versammelten beantragen daher die Zeitung des Gemeindevorstandes und Staatsarbeiterverbandes Jena, dem Gemeinderat unermüdetlich Anträge zu unterbreiten, die geeignet sind, der außerordentlichen Not Lage baldigst abzuhelfen.“

Arsfeld. Wie man hier die händischen Arbeiter bewertet, haben wieder einmal die Stadtväter in einer geheimen Stadtverordneten-

sitzung am 14. Dezember in der Bewilligung von Feuerungszulagen kundgegeben. Es wurde beschlossen: Städtische Beamte, Arbeiter, Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen, welche seit dem 1. Mai 1911 im Dienste der Stadt stehen und am 1. Dezember 1911 ein Gesamtjahreseinkommen (Dienstleistung ist auch zu berücksichtigen) von höchstens 3000 Mk. bezogen haben, erhalten folgende einmalige Feuerungszulage: Verheiratete 20 Mk., Witwer und Witwen, sofern sie Minder haben 15 Mk., Unverheiratete, sowie Witwer und Witwen, die keine Minder haben, 10 Mk., für jedes Kind wird eine weitere Zulage von 5 Mk. gewährt. Unverheiratete und Verheiratete, die in ihrem Haushalt ihre Eltern oder Geschwister unterhalten, erhalten für jeden Elternteil oder jedes der Geschwister 7,50 Mk. Es kommen hierbei jedoch nur diejenigen in Betracht, bei denen die Eltern oder Geschwister zum überwiegenden Teil auf das Einkommen der Minder bezug. Geschwister angewiesen sind. Unterhalten mehrere bei der Stadt beschäftigte Minder ihre Eltern, so wird die Zulage nur einmal, und zwar an das älteste Kind gewährt. Damit nun der Arbeiter nicht etwa während des Weihnachtsfestes gar zu üppig wurde, hat man nur die Hälfte der Feuerungszulage ausbezahlt, während die andere Hälfte erst am 2. Februar zur Auszahlung gelangt. Nach diesen Beschlüssen braucht man sich auch nicht zu wundern, daß diese Angelegenheit in geheimer Sitzung verhandelt wurde, offenbar fürchtete man die Öffentlichkeit. Die Arbeiterchaft sieht aber hieraus, was sie zu erwarten hat. Wenn wirklich andere Verhältnisse geschaffen werden sollen, bedürfen wir einer starken, einheitlichen Organisation, insbesondere auch um unsere eingereichten Forderungen mit dem nötigen Nachdruck vertreten zu können. Jeder persönliche Haß und Streik innerhalb unserer Reihen muß verschwinden, ebenso aber auch die jetzt übliche Inaktivität. Sorge jeder für den weiteren Ausbau unserer Organisation, dann wird uns auch eine andere Behandlung von Seiten der Stadtväter zu teil, als das bisher üblich war.

Vichtenberg. Die Ablehnung der Feuerungszulage durch die Stadtverordnetenmehrheit lautete das Thema einer großen Protestversammlung der händischen Arbeiter, Handwerker und Unterbeamten. Das Komitee hatte Stadtvorordneter Sprechermann beauftragt, der eine erdöpfende Darstellung von den Debatten im Stadtparlament gab und an der Hand der gegenwärtigen Feuerungsverhältnisse die Notwendigkeit einer entsprechenden Lohnzulage nachwies. Die burgliche Mehrheit hat es fertiggebracht, angesichts der jetzigen Zustände die beantragte Feuerungszulage abzulehnen. Kollege Polenske gestellte ebenfalls das Verhalten der burglichen Mehrheit. Besonders ging er mit dem Kreisrat ins Gericht, dessen Verhalten den Arbeitern gegenüber bei jeder Gelegenheit von Feindseligkeiten zeuge. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 28. Dezember 1911 im „Arbeitsrat“ vollzählige versammelten Arbeiter, Handwerker und Unterbeamten der Stadt Vichtenberg erheben schärfsten Protest gegen die Ablehnung ihres Antrages und der Magistratsvorlage auf Gewährung einer Feuerungszulage. Die Versammelten beantragen diese Ablehnung um so mehr, als in einer Reihe von Gemeinden Groß-Perkins, entsprechend dem Antrage des Magistrats, Feuerungszulagen, in einzelnen Gemeinden Lohnerböschung, gewährt wurden. Die Versammelten richten das dringende Ersuchen an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung erneut zur Frage einer Feuerungszulage Stellung zu nehmen, und erwarten von einer nochmaligen eingehenden Prüfung die Gewährung ihres Antrages. Die Versammelten beauftragen das Bureau der Versammlung diese Resolution dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu überreichen.“ Abdem referierte Stadtv. Sprechermann über die geplante Errichtung einer Betriebskrankenkasse. Wie haben darüber bereits in Nr. 21 (Jahrgang 1911 berichtet.) Auch hier wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 28. Dezember 1911 im „Arbeitsrat“ versammelten Arbeiter, Handwerker und Unterbeamten aller jänischen Betriebe Vichtenbergs haben im Hinblick auf die Magistratsvorlage, betreffend Errichtung einer Betriebskrankenkasse, erneut zu dieser Frage Stellung genommen. Die Versammelten erklären sich auch heute, wie schon vor einem halben Jahre, gegen diese Errichtung. Die dadurch hervorgerufene Zerplitterung unseres Krankentafelwesens bedeutet in sozialpolitischer Hinsicht eine schwere Schwächung der Gesamtarbeiterchaft. Die Versammelten richten daher an die jänischen Kollegen einstimmig die dringende Bitte, von der Errichtung einer Betriebskrankenkasse Abstand nehmen zu wollen. Sie beauftragen den Arbeiterausschuß für die jänischen Werke, diese Resolution den jänischen Kollegen zu übermitteln, wie überhaupt alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die Errichtung einer Betriebskrankenkasse zu verhindern.“

Magdeburg. In der Generalversammlung vom 16. Dezember wurde, nachdem Kollege Meißner den Bericht von der Besprechung mit dem Oberbürgermeister Reimarus gegeben hatte, zu dem ablehnenden Standpunkt des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in der Feuerungsfrage Stellung genommen. Einstimmig fand folgende Resolution Annahme: „Die heute tagende Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter bedauert den ablehnenden Standpunkt des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, daß in Magdeburg angeblich

leine Teuerung besteht. Im Haushalt des Arbeiters muß Not und Elend infolge der fortwährenden Steigerung aller Lebens- und Bedarfsmittel eintreten. Da aber in sehr vielen Städten außerordentliche Aufwendungen für die städtischen Arbeiter gemacht worden sind, so erwarten die Anwesenden, daß unbedingt eine Aufbesserung der Löhne eintreten muß, um das Leben auch nur notdürftig fristen zu können. Sie beauftragen daher die Verbandsleitung, diese Angelegenheit in geeigneter Weise zum Abschluß zu bringen, damit die sich im Arbeiterhaufe eingestellte Not gebannt werden kann." -- Für die Arbeitslosen und Invaliden des Verbandes wird auch in diesem Jahre eine Weihnachtsunterstützung gegeben. Grundbetrag 5 Mk., für jedes Kind und jedes Mitgliedsjahr je 50 Pf. Die Auszahlung erfolgt am 23. Dezember, abends von 6 bis 7 Uhr, im Verbandsbureau, Gr. Mühlstr. 3, 11. Die Ortsverwaltung setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender: Meißner, 2. Vorsitzender: Henjache, Kassierer: Förster, Schriftführer: Stierwald, Revisor: Krieger, Krause, Müller, Puffe und Gröbner, Revisoren: Jäger, Muhn, A. Rosenthal und Werner, Marktdelegierte: Meißner, Strauß, A. Rosenthal und Reinisch. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt wurden, richtete Kollege Meißner einen Appell an die Versammelten, bei der Reichstagswahl tatkräftig mitzuarbeiten. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wannheim. (Straßenbahndepot.) Am 21. Dezember fand die Wahl des Arbeiterausschusses für das Straßenbahndepot statt. Allgemein war man gespannt auf das Resultat, weil in letzter Zeit einige Cuertreiber, die gewohnt sind, das Mundwerk stets in feiner ganzen respektablen Größe aufzureißen, aber nie positive Arbeit zu leisten, ihr mögliches getan hatten, die Kollegen gegen unsern Verband aufzuheben. Neben dem bei den Votallisten üblichen Herunterreißen der Verbandsbeamten, dem kein vernünftiger Mensch mehr einen Wert beimißt, wurde dem bisherigen Arbeiterausschuss mangelnde Energie in der Vertretung der Arbeiterinteressen vorgeworfen, daß herrliche Zeiten anbrechen würden, falls die Arbeiter dumm genug wären, die Cuertreiber zu wählen, die wohl hinten herum recht kräftig maulen und schimpfen können, sonst aber noch nichts geleistet haben und jedenfalls auch für die Zukunft mit imstande sind, etwas zu leisten. Es war von den Herrschaften eine Versammlung einberufen worden, in der Hoffnung, alle Nichtorganisierten, Votallisten, Christlichen sowie diejenigen, die zwar freigezogen sind, aber nicht dem Gemeindearbeiterverband angehören, zu einem gelb-schwarz-blauen Block zu vereinigen. Der Erfolg war indessen ein recht geringer, im Vergleich zu der aufgewandten Mühe. Abgegeben von denjenigen, die bekanntlich nie alle werden, gegen deren hervorragende Eigenschaft selbst die Güter vergeblich kämpfen, hat sich niemand einmischen lassen. Insbesondere sind den Mitgliedern der freien Verbände bei dieser Versammlung die Augen aufgegangen, und nachdem sie sahen, wohin die Meise geht, machten sie nicht mehr mit. Bei der Wahl fielen die Gelb-Schwarz-Blauen glänzend durch. In keiner einzigen Gruppe konnten sie die Majorität erzwingen, viel mehr fielen in allen Gruppen die Mandate den Kandidaten des Gemeindearbeiterverbandes zu. Für unsere Mandatanten wurden 57 Stimmen für den gemäßigten Müdelmüdel 39 Stimmen abgegeben. Dieses Resultat muß angesichts der besonderen Verhältnisse im Straßenbahndepot als ein sehr gutes bezeichnet werden; jedenfalls zeigt es, daß die gesunde Vernunft doch stärker ist bei den Depotarbeitern, als die kleinen Gemeinrade geahnt haben.

Börsen. Rein, ergäßt uns nicht, der zweite Bürgermeister! Sehr übel sind die städtischen Arbeiter unserer kommunalen Betriebe daran. Stehen doch deren Löhne in gar keinem gesunden Verhältnis zu den so außerordentlich gestiegenen Lebens- und Bedarfsmittelpreisen. Im Sommer 1911 hatten denn auch die Arbeiter an die städtischen Kollegen eine Eingabe gerichtet, in der, trotz der außerordentlich niedrigen Löhne, aus allzu großer Bescheidenheit keine allgemeine Lohnerböschung, sondern nur ein kleiner Aufschlag für Ueberstunden, die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, sowie an Sonnabenden eine Stunde eher Arbeitslohn gefordert worden war. Aber: Bescheidenheit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne ihr! Staun war diese Eingabe an ihre Adresse gelangt, erschien der zweite Bürgermeister, Herr Wahrenholz, morgens vor 6 Uhr auf der Bildfläche, ließ das gesamte „Arbeitervolk“ antreten und hielt im Kommandotone eine Rede, na, es war zum „Auf die Waime klettern“, wie wollen daher von einer Analyse des östlichen Abhand nehmen. Ein Prolog aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges mag keine „Merke“ ähnlich angebaut haben. Es gibt drei Tage Ferien, sich es, und deshalb werden die Feiertage nicht mehr bezahlt. Diese Ferien tonen der Stadt nicht einen roten Fienig, denn Ersatzkräfte werden nicht eingenellt, die Arbeit der „Arbeiter“ muß von den übrigen Arbeitern eben mitgemacht werden. „Und überhaupt,“ so sagte Herr W., laßt nur erst den Winter herankommen, da werden wir ausstarben; wer merkt daran kommt, das werde ihr leben!“ Dies nur einige Stillheiten aus dem bürgermeisterlichen Gynge. Wie man ein Paar unbrauchbar gewordene alte Stiefel wegwirft, so drohte man mit den „Ausrangierten“ zu verfahren. Daß Schmalhaus Auchenmeier ist und

sein muß bei Löhnen von 2,80 bis 3,30 Mk. bei den jetzigen Teuerungspreisen, ist wohl ohne weiteres einleuchtend, zumal jetzt, wo die tägliche Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden pro Tag reduziert und der Tagelohn entsprechend herabgesetzt worden ist. Ob unsere Eingabe jemals dem Gemeinderat vorgelesen hat, wissen wir nicht, obgleich sie an ihn gerichtet war! Herr W., der zweite Bürgermeister, liebt ein abgekürztes Verfahren und glaubt, daß die Petition durch seine Standpaule kurzerhand erledigt worden ist. Das Verfahren hat übrigens den Vorzug größerer Klarheit, es ist auch anzunehmen, daß der Bürgermeister durchaus im Sinne der städtischen Kollegen gehandelt hat, wie die Behandlung einer erneuten Eingabe der Arbeiter durch den Gemeinderat erkennen läßt. Die Not liegt bei den Arbeitern höher und höher, enger müßten die Schwachriemen geschnallt werden, da entschlossen sich die Arbeiter dazu, nochmals um die Gewährung einer Teuerungszulage einzukommen. Doch vergebene Mühe, solch Beginnen. Den Beamten hat man wohl eine Zulage gewährt, aber den Arbeitern? Kalonisch meldet der Moniteur des Magistrats: „Eine mit den Teuerungszulagen begründete Eingabe städtischer Arbeiter um Lohnzulage findet Ablehnung!“ Punktum! Man fragt den Teufel danach, welches Elend der mit so dürren Worten verkündete Beschluß im Gefolge haben muß. Und wie sagte Herr Wahrenholz im Hochsommer? „Viele sind dabei, die nur das Gnadenbrot essen!“ Und wir fügen hinzu: „Sehr richtig, aber wohl kaum unter den Arbeitern, denn die verdienen noch immer das wenige Geld, das sie erhalten, wirklich eierlich!“ Die tiefbedauerliche Haltung der städtischen Kollegen läßt sich nach keiner Richtung hin rechtfertigen, auch dadurch nicht, daß man den Nachweis zu führen versucht, daß es in Börsen noch einige Arbeiter gibt, die noch schlechter bezahlt werden, als die von der Stadt beschäftigten. Für die Arbeiter selbst ist der ihnen hier erteilte Anschauungsunterricht unzahlbar und natürlich nur geeignet, ihnen erneut einzuprägen, daß, wer sich auf andere verläßt, von allen verlassen ist. Selbst in der Mann! Wird diese Erkenntnis erst Gemeingut aller Arbeiter, dann werden sie sich erkämpfen können, was man ihnen in völliger Verkennung der Verhältnisse und aus sozialer Engbergigkeit und Kurzsichtigkeit auf gutlichem Wege nicht zuzuerwartet hat.

• Gerichts-Zeitung •

Bahnen Frauen zu den gewerblichen Arbeiterinnen? Das oberste Landesgericht hat die Frage verneint. Der Sachverhalt ist folgender: Die Reinigungsarbeiten im Münchener Hofbräuhaus, in den Fichorsträubierhallen und verschiedenen Schulhäusern wurden einer Reinigungsanstalt übertragen. Diese ist verpflichtet, die Reinigungsarbeiten in den Wirtshäusern täglich früh 4 Uhr und in den Schulhäusern nach 4 Uhr nachmittags, also auch an den Sonnabenden, an denen gewerbliche Arbeiterinnen nach 5 Uhr nicht mehr beschäftigt werden dürfen, auszuführen. Die Gewerbeordnung untersagt die Beschäftigung der Arbeiterinnen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und am Sonnabend nachmittags nach 5 Uhr. Das Schöffengericht sprach den Reinigungsunternehmer wegen einer Uebertretung der Gewerbeordnung frei, da die Arbeiterinnen nach der Art ihrer Beschäftigung nicht zu den gewerblichen Arbeiterinnen zu zählen sind, sondern zu den Schenke... Das Landesgericht hob dieses Urteil auf und verurteilte den Unternehmer zu einer Geldstrafe von 3 Mk. mit der Begründung, daß es sich um Arbeiterinnen handelt, die in einem Gewerbebetrieb tätig sind, und daß der Umstand, daß sie Arbeiten von Diensthöfen verrichten, sie noch nicht zu solchen macht. -- Das Oberste Landesgericht hob dieses vernünftige Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. In den Entscheidungsgründen heißt es, daß nicht Arbeiterinnen in Frage stehen, die in einer Betriebswerkstätte arbeiten, die die Gewerbeordnung voraussetzt. Die Dauer der Beschäftigung 5 1/2 Stunden sei außerdem sehr kurz. Es könne deshalb nicht gesagt werden, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die die Arbeitszeit der Arbeiterinnen begrenzen, auf die Bahnen Frauen Anwendung zu finden haben. -- Hier liegt augenscheinlich ein Fehler vor, das dringend der Korrektur bedarf.

• Rundschau •

Nur noch fünf Tage vor der Reichstagswahl! Wir haben in den vorausgegangenen Nummern der „Gewerkschaft“ nach Kräften dazu beigetragen, unseren Kollegen keinen Zweifel zu lassen, wenn sie am 12. Januar wählen müssen, wenn ihre Interessen als Gewerkschafter voll wahrgenommen werden sollen. Heute, wenige Tage vor der Wahl, verbleibt uns nur noch, unseren Appell dahin auszudehnen, die letzten Tage vor der Wahl aufs ängstlichste auszunutzen zur Agitation und Vereinstellung seiner Ferien für die notwendigen Wahlarbeiten aller Art. Fünf Jahre hat der reaktionäre Silberstein gedauert. Sorgen wir denn, daß die nächsten Tage eingegraben werden in die Weltgeschichte als die Zeit, da der deutsche Wibel zur Weimarer gekommen und sich ein Parlament geschaffen, das wenigstens mit

der **allergrößten** Reaktion ausgeräumt. Denn die besitzen wir noch und sie macht Niemand, sich breit und behäbig auch weiterhin an der Staatskrippe festzusetzen auf Kosten der Steuerzahler. Wer will, daß dem heutigen System: „Reisende Liebesgaben und Erleichterungen, Arme aber Steuerlasten und Bedrückungen!“, ein Ende bereitet werde, der kennt seine Pflicht, am Tage der Wahl den Vertreter der Arbeiterinteressen zu wählen. Am Gängelbunde ließ sich bislang ein erschreckend großer Teil deutscher Staatsbürger fügen, und ob Millionen und Milliarden für unproduktive Militär- und Staatszwecke ausgegeben oder die allernotwendigsten Ausgaben für den Ausbau der Sozialpolitik verweigert wurden, man wählte „staatserbaltend“, „national“ und „königstreu“! — Wir hoffen jedoch, ja wir haben die Zuversicht, auf diesen reaktionären Heim krieden diesmal nur noch ganz Unwissende. Wir beweisen mit der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel am besten, daß wir unsere Nation emporführen wollen aus den Niederungen der jetzigen Antirechnpolitik in die Höhen freier sozialistischer Weltanschauung und Kultur.

Auf zum Sturm am 12. Januar!

Wahlen zur Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenreinigung. Am 18. Dezember sind im Betriebe der Berliner Straßenreinigung, die sich neben der großen jüdischen Betriebskrankenkasse überflüssigerweise noch eine besondere Krankenkasse leistet, die Delegiertenwahlen vorgenommen worden. Die Verbandskollegen haben dabei wieder einen schönen Erfolg errungen, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Bezirk	Für den Verband				Für den Ortsverein			
	Stimmen 1910	Stimmen 1911	Dem nach	Stimmen 1911	Stimmen 1911	Dem nach	Stimmen 1911	
Ia ...	123	145	+ 22	4	61	59	- 2	
Ib ...	47	88	+ 41	6	86	76	- 10	
IIa ...	82	91	+ 9	5	82	91	+ 9	
IIb ...	81	103	+ 22	—	124	123	- 1	
IIIa ...	79	81	+ 2	—	81	101	+ 20	
IIIb ...	72	61	- 11	—	81	86	+ 5	
IVa ...	70	96	+ 26	5	116	90	- 26	
IVb ...	47	63	+ 16	—	119	111	- 8	
	601	728	+ 127	20	750	737	- 13	

Dieses Resultat ist um so beachtenswerter, als die Wahlen nicht nur mit den hier üblichen Unregelmäßigkeiten vor sich gingen, sondern auch noch durch besondere Wahlbezirksgeometrie gegen die Verbandskandidaten „gezielt“ worden sind. Das ist bei dem Dirsch-Dunderschen Massenvorstand, der um jeden Preis seine Macht halten will, nicht vermunderlich. Um die Bezirke Ia und Ib für seine Schächeln zu retten, hat er die indifferente 20. Abteilung aus dem Bezirk Ia mit der 12. Abteilung aus dem Bezirk Ib vertauscht. Zum großen Schmerz der Wahlmacher ist ihnen aber durch die Kollegen ein böser Weinsfall beschied worden. Den vom Vorstand zu Wahlleitern ernannten Aufseher machen die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes ebensowenig Gewissensbisse. Einer von ihnen eröffnete um 12 Uhr mittags die Wahl, verlas das Einberufungsschreiben und schloß wenige Minuten später schon die Wahl, obwohl diese nun eigentlich erst durch die Abgabe der Stimmzettel begann. Einen jetzt erst eintreffenden Wähler wies der Wahlvorsteher ganz zu Unrecht ab und nahm diesem so sein Wahlrecht. Ein anderer verbot die Verteilung der Stimmzettel durch Verkaufte der Parteien. Die Zettel wurden in zwei Stapeln auf den Wahlstisch gelegt und mußte jeder Wähler den ihm konvenierenden Zettel nehmen und vor den Augen des Wahlvorstehers in die Urne legen. Es ist das ein Bruch des § 37 des Krankenversicherungsgesetzes, welcher die geheime Wahl vorschreibt. Der Aufseher der 2. Abteilung, welcher in brüster und ungehöriger Behandlung der Arbeiter öfter von sich reden macht, brachte folgendes Ständchen fertig. Die Stimmzettel, welche auf Verlangen der Verbandskollegen zur Sicherung der Gleichmäßigkeit vom Massenvorstand in Druck gegeben und den einzelnen Abteilungen zugelandet worden waren, ließ dieser Wahlleiter von zwei Ortsvereinsleitern verteilen. Wohl gemerkt: auch die Zettel mit den Verbandskandidaten. Einen Kollegen, der Arbeiterauschussmitglied und Krankenkassendelegierter ist und in jüdischer Form Protest erhob, jagte der Herr aus dem Zimmer und rief diesem nach: er hätte gar nichts zu sagen. „Was sich dieser Mensch herausnimmt!“, „Galten Sie den Schnabel!“ und ähnliche lapidare Axiome waren der Räuber Vorgebilde noch hinter dem Kollegen her, der sich aber verständigterweise nicht provozieren ließ und ruhig dem Beleidiger den Rücken wandte. Solche und ähnliche Verhöre gegen die Wahlvorschriften sind mehrfach vorgekommen. Wenn sie doch nichts genützt haben, so ist das ein Beweis dafür, wie die Kollegen in der Berliner Straßenreinigung mehr und mehr einsinken, daß mit der Dirsch-Dunderschen Wirtschaft ein Ende gemacht werden muß. Nach den Anzeichen zu urteilen, liegt der Zeitpunkt nicht mehr fern.

Der epidemische Massentod. Das große Weihnachtstraumen, das selbst den verhärtetsten Bourgeois ein paar Stunden lang ange-

weht hat, ist dem allgemeinen Verlangen gewichen, die Ursache der mörderischen Asylopidemie kennen zu lernen. Und wenn erst ein einwandfreier ärztlicher Befund festgestellt haben wird, daß die fürchterliche Katastrophe keinem ansteckenden Krankheitserreger, sondern „Biot“ verdorbenen Speisen entstammte, wird sich der normale Spieghbüger nicht länger durch die Erinnerung an jene, die auf so tragische Art ihren „Arieden auf Erden“ fanden, sein vorchristlich-mäßiges Faschingsvergönnen verleiden lassen. Sobald aber gar noch der „passende“ Witz auf faule Fische gefunden sein wird, wird selbst bei zarter besaiteten Bourgeoisleuten die Spannung gelöst sein, während der robuster veranlagte Ordnungsmensch bereits konstatiert wird, Taugenichtsen, die in Ähnen herumliegen, habe doch nichts Besseres passieren können. Gegen den sozialdemokratischen Einwand jedoch, jene angeblichen Taugenichtse seien zum großen Teil arbeitsbereite Männer gewesen, die eine verbrecherische Wirtschaftsordnung in Verderben und Tod getrieben hat, wird man fromm und gottesfürchtig die Hilfe der Polizei anrufen. Aber keine Polizei der Welt wird uns daran hindern, die Wahrheit zu sagen, daß der Massentod der Berliner Ähnliten nichts weiter ist, als ein besonders krasser Vorfalldessen, was sich täglich und stündlich im gesamten deutschen Proletariat abspielt, ohne daß davon irgendein Aufheben gemacht würde. Wir denken bei dieser Gelegenheit an die vor einiger Zeit veröffentlichten Mitteilungen des statistischen Amtes der Stadt Bremen über die Sterblichkeit der Bevölkerung dieser Stadt während des letzten Jahrzehntes (1901—1910), die so großes Aufsehen erregte. Auf 10 000 Wohlhabende, so ergaben jene Ziffern, entfielen jährlich 73 Tote, auf ebensoviel Angehörige des Mittelstandes 107 und auf gleich viel Arme 196. Das heißt also, daß beinahe die Hälfte aller täglich und stündlich sterbenden Armen nur deswegen sterben, weil sie nicht dieselben Lebensbedingungen genießen, wie die Klasse der Wohlhabenden. Das heißt, daß beinahe die Hälfte aller Beschäftigten ihre Armut in des Wortes wörtlichster Bedeutung mit dem Leben bezahlen. Diese grauenvolle Tatsache eines täglichen Massentodes im Proletariat heizt sich aber ins Ungeheuerliche, wenn wir uns die Statistik der nach sozialen Klassen registrierten Säuglings- und Kindersterblichkeit derselben Stadt und Zeit vergegenwärtigen. Auf 10 000 Säuglinge der Wohlhabenden entfielen 49 Tote, auf ebenso viele des Mittelstandes 909 und auf gleich viele der Armen 2558. Verhältnismäßig fünfmal mehr Säuglinge beinahe sterben also den Armen weg, als den Wohlhabenden. Aber selbst dieses entsetzliche Verhältnis wird durch die Sterblichkeit der Kinder von 1 bis 5 Jahren noch überboten. Denn während auf 10 000 dieser Kinder in der Gruppe der Wohlhabenden jährlich bloß 28 Tote entfielen, werden ihrer in der des Mittelstandes 92 und in der der Armen 262 jährlich hinweggerafft. Verhältnismäßig neunmal öfter tritt also der Tod unter die dem Säuglingsalter bereits entwachsenen Kinder der Armen, als unter die der Reichen, und von je neun sterbenden Kindern der breiten Schichten des Volkes haben acht ihre Armut mit dem Tode zu büßen. Seit Jahrzehnten verquast eine Epidemie unseren Volkstörper und Millionen Menschen hat sie bereits ins vorzeitige Grab befördert. Momentan, im Berliner Aul für Ebdadlose, hat sie bloß etwas mehr Opfer auf einmal verlangt, als wir es sonst noch ihr gewohnt sind. Diese fürchterliche Epidemie heißt Armut. Und auch ihren Erreger müssen uns die Ärzte nicht erst verraten. Wir kennen ihn: er heißt Kapitalismus! Und wir wollen nicht ruhen, bis wir ihn vernichtet haben.

Wahl der Vertreter zur Bayerischen Militärkrankenkasse. Am 19. und 20. Dezember erfolgte die Wahl der Vertreter zur Bayerischen Militärkrankenkasse. Die bisherigen Vertreter zählten sich ausnahmslos zu unsern Gegnern und die christliche „Gewerkschaftsstimme“ brachte einen Aufruf als Leitartikel in der Nummer vom 14. Dezember 1911. Darin wird eindringlich vor der Wahl „offener“ oder „berkappter“ Sozialdemokraten gewarnt: „Leute, die in ihrer Freise, in Versammlungen und an der Arbeitsstelle gegen das monarchische Staatsprinzip losziehen und den sozialdemokratischen Bestrebungen, die auf Verletzung von Ehren und Religion hinabarbeiten, huldiigen, haben das Recht verwirrt, an den Einrichtungen des Gegenwartsstaates teilzunehmen.“ Gegenüber diesen Anwürfen darf man darauf verweisen, daß der „Arbeiter“, ein in Berlin herausgegebenes, streng katholisches Organ, erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften die Grundzüge des Christentums und der Würde gar nicht anerkennen, ja, daß sie die kirchliche Autorität sogar bekämpfen. Und der Hinweis auf die „Königstreuen“ christlichen Arbeiter ist um so verächtlicher, als der Vorsitzende des christlichen Verbandes knapp vor einem Monat mit seinen übrigen Parteifreunden wegen Verfassungsverstoßes und Schwädigung der Staatsautorität zum bayerischen Landtag hinausgeworfen wurden. Soweit aber die „Einrichtungen des Gegenwartsstaates“ in Frage kommen, so hat noch niemand die freibetlich gestimmten „sozialdemokratischen“ Arbeiter z. B. von der Pflicht des Steuerzahlens entbunden. Und schließlich ist doch auch das Pentam eine Einrichtung des Gegenwartsstaates. Annehmend mündigen die Christlichen ein Annehmengesetz dahin, daß die nicht der christlichen Organisation angehörenden Arbeiter wohl die Beiträge zur Militärkrankenkasse zahlen dürfen, aber nicht in die Verwaltung gewählt werden können. Sei dem nun, wie ihm wolle, jedenfalls geht zunächst einmal die Bewegung in ganz anderer Richtung. Es ist nämlich zu merken, daß trotz des Artikels des christlichen Verbandesorgans in München nicht

ein einziger Mandat der Christlichen durchgedrungen ist; sämtliche Kandidaten und ebenso auch die Erschlenen gehören vielmehr der linken Organisation an. Zu allem Ueberflus ist noch festzustellen, daß verschiedene christliche Arbeiter selbst zu diesem Wahlergebnis beigetragen haben.

Ein Sieg der Mailänder Gasarbeiter. Rom, 28. Dezember 1911. Wie erinnerlich, sind im Juni dieses Jahres die Mailänder Gasarbeiter in den Ausstand getreten, weil 99 ihrer Kollegen unberechtigtweise von der Gesellschaft entlassen worden waren. Der Streit wurde dadurch beigelegt, daß die Zade einem Schiedsgericht überwiesen wurde. Dieses hat nun seinen Spruch dahin abgegeben, daß die Entlassungen gerechtfertigt waren, daß aber die Gesellschaft jedem der Entlassenen 150 Lire, im ganzen also 14.550 Lire als Entschädigung, auf Grund des herrschenden Tarifvertrages, zu zahlen habe. Die Spezien des Schiedsgericht belaufen sich auf 7400 Lire, die ganz der Gesellschaft zur Last liegen, bis auf 200 Lire, die die beiden Arbeiter, die das Schiedsgericht angerufen haben, zahlen müssen. Die Arbeiterschaft hat den Schiedspruch natürlich angenommen, aber gleichzeitig erklärt, daß sie in der Folge ihre Ansprüche nicht durch Schiedsgerichte, sondern durch direkte Aktion einzutragen würde. Die Gewerkschaft hat der „Union des Gas“ mitgeteilt, daß sie künftighin das Schiedsgericht nicht mehr als zu nützliche Instanz bei Differenzen mit den Unternehmern anerkennen werde.

Steigende Volksbelastung im Deutschen Reiche. Solange das Deutsche Reich besteht, in auf iteneugeteniam Wege ein fortgeschrittenes Land zu sein, auf die Lasten der breiten Volksmassen verlastet worden. Schon in den Artikeln 25 und 79 der Reichsverfassung ist festgelegt, daß die Reichsausgaben in der Hauptsache aus den Erträgen der Zölle und Verbrauchssteuern zu decken sind. 1872 bis 1875 betragen die Einnahmen aus Zöllen 108,1, Verbrauchssteuern 116,7, Wechselzins 5,7 Millionen Mark. Als der französische Milliardenkrieg zerronnen war und zugleich die Militärausgaben wuchsen, setzte die Steigerung der indirekten Steuern ein. Der erste erfolgreiche Anlauf der Regierung war der Zolltarif von 1879. Von 1872 bis 1878 hatte der Zolltarif jährlich rund 110 bis 115 Millionen Mark eingebracht. Im Jahre 1881 stieg er auf 187 Millionen Mark, und von da bis zum Jahre 1910 auf nahezu 682 Millionen Mark. Nebenher stiegen die Verbrauchsabgaben. Im Jahre 1880 beliefen sie sich auf 185 Millionen Mark. Seitdem sind sie durch den neuen hochzollnerischen Zolltarif und durch die letzte Reichsfinanzreform bis zum Jahre 1910 angewachsen auf 575 1/2 Millionen Mark. Nicht minder drastisch tritt die Steigerung der Verbrauchsabgaben, die auch als indirekte Steuern anzusprechen sind, in die Erscheinung. Von 61 1/2 Millionen Mark im Jahre 1876 stiegen sie bis zum Jahre 1890 auf 37 1/2, von da bis zum Jahre 1910 auf 231 Millionen Mark. Hinzu kommt noch, daß die Bundesstaaten von 1871 bis 1910 in der Form der Kontributionsbeiträge an das Reich rund 100 Millionen Mark mehr abgaben, als sie von ihm erhalten haben. Mit diesen Steuerwüchsen verbindet sich das Unheil einer dem Bankrott des Reiches zutreibenden Schuldenwirtschaft. Diese Wirtschaft setzte zu gleicher Zeit mit der Ausschaltung des Zolls und Steuerwüchsen ein. Im Jahre 1877 schritt das Reich zur Aufnahme einer Schuld von 16 1/2 Millionen Mark. Jetzt hat sie fünf Milliarden Mark überschritten. Nach dem in der Zeitschrift zur Finanzreform, welche die Regierung 1909 dem Reichstage vorgelegt hat, entworfenen Plan sollen bis zum Jahre 1914 im ganzen noch mindestens 900 Millionen Mark neuer Anleihen aufgenommen werden. Danach würden wir sicher im Jahre 1914 die sechste Milliarde Reichsmark erreicht haben. Während im Jahre 1877 bei der Reichsschuld 0,38 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung entfielen, kommen jetzt etwa 80 Mk. auf den Kopf. Für Verzinsung und Verwaltung der Reichsschuld sind bisher etwa 2000 Millionen Mark ausgegeben worden. Im Jahre 1910 belief sich die Verzinsungsumme auf 210 Millionen Mark oder auf den Kopf der Bevölkerung 3 1/2 Mark. Sonach ist eine funfsöpfige Familie allein mit 16 Mk. Zinsen für die Reichsschuld belastet. Dabei lassen wir die Schulden der Staaten und der kommunalen Körperschaften und den Zinsaufwand für sie noch ganz außer Betracht. Was die Erträge der Zölle und indirekten Steuern, so sind auch die Reichsschulden zum weitaus größten Teile für Meer, Marine, Kolonial- und Weltmachtspolitik ausgegeben worden. Von der Hundertmilliardenschuld fallen höchstens 700 Millionen Mark auf wirklichen Kulturzwecken dienende Anlagen, Eisenbahnen, Post und Telegraphie, Kanäle usw. Aber allein für das sinnlose Chinaabenteuer und den sudwestafrikanischen Krieg sind rund 700 Millionen Mark verausgabt worden. Es wuchsen vom Jahre 1880 bis zur letzten Reichsfinanzreform die Ausgaben für das Meer von 33 1/2 Millionen auf 790 1/2 Millionen, für die Marine von 28 1/2 Millionen auf 51 1/2 Millionen, für den Pensionsfonds von 19 1/2 auf 110 1/2 Millionen Mark. Aber trotz der ungeheuerlichen Ausschüttung des Volksbelastungsmittels und des Schuldennetzes ist das Reich aus seinen Annahmen nicht herausgekommen. Auch die letzte „Finanzreform“ hat diese Note nicht beigetragen. Zur dieses unheilvolle Zorn und seine Entschädigung, das gegenwärtig jede vier- bis funfsöpfige Familie der arbeitenden Massen mit mindestens 100 bis 150 Mk. jährlich dem Reiche und den Organismen tributpflichtig macht, sind alle bürgerlichen Parteien ohne Unterschied verantwort-

lich, auch die liberalen Parteien. Niemals haben sie ernsthaft etwas unternommen, das Schlimm zu beseitigen. Im Wiltonblock aber waren sie bereit, es der Antlerpartei in der Bewilligung erhöhte und neuer Zölle und Verbrauchsabgaben gleich zu tun. Es steht ganz außer Zweifel, daß die Regierung von dem neuen Reichstage eine abermalige Vermehrung der Ausgaben und dementsprechend neue Steuern fordern wird. Möge nur kein Wähler sich täuschen lassen durch die Versicherung der Soldatendei der Regierung und der Organe der reaktionären Parteien, daß eine neue Volksbelastung „nicht beabsichtigt“ sei. Diesen elenden Trug haben diese Kaktoren schon vor weit in der Zeit der Wahlkämpfe gebraucht. Darum, Reichstagswähler, seid dessen am 12. Januar eingedenk und gebt eure Stimme nur dem Sozialdemokraten, weil dieser wirklich Arbeiterinteressen vertritt.

Der Wahnsinn der Kriegsheerei! Die Wahnsinnigkeit und Gemeinfeindschaft eines europäischen Krieges zeigt innerlich ein Bild auf die Außenhandelsstatistik. Dr. Kreuzkamp macht über die Entwicklung des Welthandels folgende sehr interessante und lehrreiche Aufzählung:

	Wert der gesamten Einfuhr in Millionen Mark	Wert der gesamten Ausfuhr in Millionen Mark	Wert des gesamten Umlages in Millionen Mark
1867	23 114	20 900	44 211
1877	29 457	27 103	56 565
1880	34 262	29 661	63 923
1885	32 879	28 814	61 693
1890	39 747	34 456	74 243
1895	38 179	33 369	71 548
1900	48 460	41 837	90 297
1905	59 119	53 046	112 165
1908	64 115	58 469	122 014

Der Löwenanteil aller dieser Umläge entfällt auf Europa. Er machte im Jahre 1906 77 955 800 000 Mk. aus und zwar 41 117 000 000 Mk. in der Einfuhr und 31 578 100 000 Mk. in der Ausfuhr. Der Reihenfolge nach kommen zunächst Nord- und Südamerika mit 23 753 700 000 Mk. ums zwar in der Einfuhr mit 10 792 100 000 Mk. und in der Ausfuhr mit 12 061 300 000 Mk., dann folgt Asien mit 13 299 500 000 Mk. (Einfuhr 6 153 000 000 Mark, Ausfuhr 6 845 000 000 Mk.), weiter Afrika mit 1 871 100 000 Mark (Einfuhr 2 482 000 000 Mk., Ausfuhr 2 392 100 000 Mk.), Australien mit 2 900 500 000 Mk. (Einfuhr 1 299 300 000 Mk., Ausfuhr 1 691 200 000 Mk.). Was die Umläge Americas betrifft, so entfällt der größere Teil auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, nämlich 12 062 000 000 Mk. (Einfuhr 5 547 000 000 Mk., Ausfuhr 7 445 000 000 Mk.).

Die Kiefenzahlen lassen erkennen, in welchem Maße die Auswärtiger auf den Güterausstaus angewiesen sind. Ein Krieg würde die Handelsbeziehungen erheblich stören, unermessliche Verwüstungen anrichten, unzählige Existenzen zerstören, Hunger, Not und Entbehrungen für Millionen Menschen im Gefolge haben. Problem: die Alldeutschen, die Nationalliberalen, Konserverativen und Ultramontanen heben zum Krige!

Die „unpolitischen“ Christlichen. Die „Gewerkschaftsstimme“ schreibt in Nr. 51 an leitender Stelle mit der Ueberschrift: „Weihnachten“ u. a. folgendes: „Mensch sein heißt kämpfen sein! Daran werden wir gerade in diesen Tagen so recht eindringlich erinnert, da der Wahlkampf entbrennt und die einzelnen Gruppen sich rüsten zur Schlacht und zur Entscheidung. Große Dinge, auch für den Arbeiterstand, hängen von dem Ausfall der Wahlen ab. Besonnt die Kunde die Mehrheit, dann stehen auch wichtige Interessen der Arbeiter auf dem Spiel und sind in großer Gefahr. Werden die Pläne der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet verwirklicht, dann bedeutet das nicht Befreiung des Arbeiterstandes, sondern eine neue und noch viel drückendere Anrechtenschaft, als sie je zuvor bestand. Wenn wir also gegen die rote Lehre kämpfen, so ist das ein Kampf, der der Forderung des Tages entspricht und der ebenfalls dem Frieden dient.“ — Krüger hieß es wenigstens noch: Die Pläne der Scharfmacher müssen bekämpft werden, heute kämpft man für schwarze blaue Reaktion und — nennt sich „unpolitisch“. Wieviel Arbeiter werden wohl diesen Spul mitmachen?

„Kulturdenkmäler“ aus unserer Zeit. Das „Berliner Tageblatt“ vom 20. Dezember 1911 bringt zahlreiche Inzerate über Silvesteressen 1911/12. Hier eine kleine Probe: „Ettender Tajtern mit Farnajalavar. — Doppelte Geflügel-Arztbrühe mit Marktloshden. — Delgäländer Dummer nach Vandervill. — Lamm-schnitten gedämpft mit frischer Gansleber. — Grüne Spargelspizen in Creme. — Cliventartoffeln. — Damburger Sübuden mit frischen Fernordtrüffeln gefüllt. — Pariser Nostifal. — Mandarinen auf Eisjodel. — Reines Gebäud und Berliner Pfannkuchen „Aus der guten alten Zeit“. — Stilton und Camembertkäse. — Englischen Selctie. — Damenüberraschungen.“ — Wohlgekerkt, das alles ist ein einziges „Souper“ (d. h. Abendessen). Gebärd es da noch länger der Veränderung, daß auch die Reichen ihre „Blage“ haben? Sie müssen sich durch einen Raintenberg durchschießen, wie es selbst im märchenhaften Zblariffenland nicht gedoten wird. Und da sollten diese Leute sich mit der „Zukunftsaussicht“ abspieren lassen?

Dem Proletariat zum neuen Jahre!

Noch breitet ihre dunklen Schwingen
die Nacht auf alle Klassen aus;
des Jahres erste Wunden klingen,
ein Grüßen geht von Haus zu Haus!
Verstehen soll, was schwach und trübe,
gesunden soll, was elend war --
viel fromme Wünsche bringt die Liebe,
viel frischen Mut die Hoffnung dar.

Doch alles Wünschen, alles Hoffen
ist machtlos wider eure Not;
der Zukunft Tore stehen offen:
sie deutet den Tisch euch ohne Brot.
Sie füllt mit Vermutt euch den Becher
und höhnt der Armut bitteres Leid,
das nach dem Rechte, nach dem Macher,
dem neuen Jahre entgegenbreit!

Das neue Jahr bringt keine Wende, --
wenn ihr nicht selbst die Helfer seid;
in euren Kämpfen schließt das Ende,
in euren Taten die neue Zeit!
Erwacht aus dumpfen Zehnhundertsträumen,
euch ruft der Tag, euch ruft die Tat --
schon schwillt der Lenztrieb an den Bäumen
und unter Schneelast grün' die Saat!

Das neue Jahr bringt keine Wende,
sein Ruf erreicht ein gnädig Ohr:
auf Brüderrecht und Gegenseitige
vertraut der hoffnungstrobe Tor.
Nur wer sich regt, dem wird es glücken,
die Freiheit hat, wer sie sich schafft --
erhebt das Haupt: auf euren Rücken
trägt ihr die Welt! Ihr seid die Kraft!

Maria Müller-Johnde.

Eingegangene Schriften und Bücher

Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger 9, m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 15 Pf. Eine Broschüre, die den Privatangestellten zeigt, daß ihre Interessen wie die aller Arbeitenden nur durch die Sozialdemokratie wahr genommen werden. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Führt durch die Reichsversicherungsordnung. Die Invaliden und Betriebslosenversicherung. Am 1. Januar 1912 trat bei Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft, der die Invaliden und Betriebslosenversicherung behandelt. Will der Arbeiter dabei keinen Schaden erleiden, bedarf er eines zuverlässigen Ratbers, umal in Betracht kommt, daß die Betriebslosenversicherung ganz neu und die Invalidenversicherung in wesentlichen Punkten abgeändert worden ist. Es sei hier nur auf die Beitragsregelung und die Hinterlassenschaft der Witwe verwiesen. Der Ratber, den die Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger 9, m. b. H. für den billigen Preis von 30 Pf. auf den Markt bringt, behandelt in 17 Kapiteln alle wichtigen Punkte in erschöpfender und doch leichtverständlicher Weise. Es bietet nicht nur dem einzelnen gewerkschaftlichen Arbeiter, erleuchtet er zugleich den Gebrauch der Reichsversicherungsordnung, in die er ganz vorzüglich einführt. Wie der Verlag weiter anzuzeigen, werden diesem Ratber auch die durch die Kranken- und Unfallversicherung, sowie durch die Betriebslosenversicherung, also durch die Bücher der Reichsversicherungsordnung, die erst später in Kraft treten. Fern gut angeschafften Werkchen ist weite Verbreitung zu wünschen. Es ist durch alle Buchhandlungen und Expeditionen zu beziehen.

Bücher zum Vorlesen. „Die Erde“ bringt im „Wegweiser“ ihrer Nr. 1 die sehr beachtenswerte Anregung, das Fortleben im bunten Reich wieder mehr zu pflegen. Wir entnehmen diesen Ausführungen folgendes: „Das gemeinsame Gelingen eines guten Buches fesselt der Eltern und Kinder umschließt den gesamten Familienkreis mit einem Band gemeinsamer Freundschaft und innerlicher Verantwortlichkeit, das durch fortwährende Eltern- und Kindergespräche kaum ersetzt werden kann. Man sollte Fortleseleihen auch in solchen Familien nicht gänzlich unterlassen, wo die einzelnen Familienmitglieder durch Leistung oder Beruf zu recht verschiedenartiger Lektüre hingedrängt werden. Es gibt Erzählungen und Lieder, die, infolge ihrer menschlichen und künstlerischen Werte für jeden, für Mann und Weib, für Alt und Jung gleich gut und schön sind...“ Um diesem Vorschlag auch praktisch zu dienen, will „Die Erde“ fortlaufend in ihrem „Wegweiser“ in einer ständigen Rubrik „Zum Vorlesen am Familientisch“ gute Bücher, die sich für diesen besonderen Zweck am besten eignen, bekannt geben. Sie wird damit für viele Kreise wieder eine neue Anziehungskraft gewinnen. Wir nennen aus dem sonstigen Inhalte dieser

neuesten Lesehefte „Balsischjagd“ von J. C. Sörensen, „Dreiecksbücher“ von Michael Georg Conrad, den Aufsatz „Der Dreieck“ von Eduard Engel usw. Probenummern der „Erde“, die jährlich nebst zwei Jahresbüchern 6 Mk., im Vierteljahr 1,50 Mk. kostet, versendet kostenlos die Geschäftsstelle der „Erde“, München, Rindermarkt 10.

Mittelstand und Sozialdemokratie. Von J. Karoll. Verlag der Leipziger Buchdruckerei H. G. Preis 10 Pf. Das Schriftchen kann als ein wertvolles Hilfsmittel in den Reichstagswahlkämpfen betrachtet werden, denn von allen großen Parteien, die die Gegner im Munde führen, wird ja wieder die „Rettung des Mittelstandes“ eines der volltönendsten sein. Der reiche Inhalt des Büchleins, das 16 Seiten Umfang hat, ist in folgende Kapitel gegliedert: Was ist Mittelstand? Der Niedergang des Mittelstandes. -- Mittelstandsretterei. Mittelstand, Warenwucher, Steuerpolitik und Militarismus. -- Sozialdemokratische Politik und Mittelstand, Sozialismus und Mittelstand. Wir empfehlen die Schrift, die sich auch zur Massenverteilung besonders eignet, jedem angelegentlich zur Anschaffung.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Eine Antwort von R. Kautsky. Dritte ungarbearbeitete Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger 9, m. b. H., Berlin SW. 68. Diese Schrift erschien erstmalig im Jahre 1903 als Antwort auf eine Broschüre eines Herrn H. Bürger, die von freijüngerer Seite in großen Massen zur Agitation gegen die Sozialdemokratie verbreitet wurde. Da es die Liberalen auch im gegenwärtigen Wahlkampf nicht verschmähen, die längst widerlegte bürgerliche Broschüre zu verbreiten, erschien eine Neuauflage der vorliegenden Schrift notwendig. Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen.

Die Marokkofrage vor dem Reichstage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger 9, m. b. H., Berlin SW. 68. In dieser Broschüre wird eingehend die Gefahr des Imperialismus, wie sie sich besonders im letzten Marokkofolienoffizient offenbart hat, in knapper und doch überaus klarer und gründlicher Weise geschildert. Daran schließen sich nach dem stenographischen Bericht die Marokkodebatten im Reichstage vom 9., 10. und 11. November, deren Wert vor allem in der Kritik der sozialdemokratischen Redner, dann aber auch in der Rede Bethmann Hollwegs gegen Verdröndung liegt. Die Broschüre ist zum Preise von 20 Pf. durch alle Buchhandlungen und Expeditionen zu beziehen.

Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Von Eduard Weinsten. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger 9, m. b. H., Berlin SW. 68. Preis: Vereinsausgabe 30 Pf. In Deutschland ist der Glaube an die „englische Gefahr“ selbst zu einer Gefahr geworden, und zwar zu einer sehr ernstlichen Gefahr. Verlassen will dieser Gefahr entgegenzutreten und behandelt in diesem Zweck gründlich das Verhältnis zwischen Deutschland und England. Seine Schrift hat folgenden Inhalt: 1. Die Gefahr. 2. Die Engländer und Deutschland früher und heute. 3. Die ersten Momente in der Kolonialpolitik. 4. Die Verhängnis des Westens. 5. Die sogenannte Einseitigkeit Deutschlands. 6. Ariedines Nordamerika. 7. Der Marokkofolienoffizient und die englische Reaktion. 8. September 1909. 9. Das Interesse des englischen Volkes und das Interesse des deutschen Volkes. 10. Eine Warnung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Totenliste des Verbandes.	
Ernst Rabien, Lübeck Zielarbeiter † 15. 12. 1911, 27 Jahre alt.	Joh. Karl Siebig, Dresden Arbeiter (Eisenhammer) † 21. 12. 1911, 67 Jahre alt.
Joh. Sanders, Horn-Bremen Arbeiter (Eisenhammer) † 17. 12. 1911, 37 Jahre alt.	Hermann Staark, Kiel Arbeiter im Maschinenbau † 21. 12. 1911, 31 Jahre alt.
H. Kink, Hamburg-Ohlsdorf Arbeiter (Arbeiter) † 18. 12. 1911, 37 Jahre alt.	August Leseberg, Hannover Arbeiter (Arbeiter) † 22. 12. 1911, 32 Jahre alt.
Friedrich Wenk, Hamburg Arbeiter (Arbeiter) † 19. 12. 1911, 66 Jahre alt.	Frauf. C. C. Willig, Dresden Arbeiter (Arbeiter) † 22. 12. 1911, 77 Jahre alt.
F. Parfhan, Burgb. Magdebg. Arbeiter (Arbeiter) † 20. 12. 1911, 60 Jahre alt.	Max Schläpfer, Berlin Arbeiter (Arbeiter) † 21. 12. 1911, 28 Jahre alt.
Jakob Wehretter, Stuttgart Tagelöhner (Arbeiter) † 20. 12. 1911, 35 Jahre alt.	Otto Schulz, Berlin Arbeiter (Arbeiter) † 21. 12. 1911, 30 Jahre alt.
Hermann Arnold, Chemnitz Arbeiter gestorben am 27. Dezember 1911, im Alter von 53 Jahren Ghre ihrem Andenken!	

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften und Einzelgewerkschaften, Berlin, durch den Verleger, beide Berlin W. O., Unter den Eichen 2 und 3, Hermann Buchhandlung und Verlagsgesellschaft Paul Zinger & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 10.